

JOCHEN LAUFER

DIE UDSSR UND DIE DEUTSCHE  
WÄHRUNGSFRAGE 1944-1948\*

„Sensationelle Enthüllungen“ titelte das „Neue Deutschland“ am 20. Juni 1948. Anlaß war die am Vortag in der Hamburger „Welt“ erschienene Dokumentation über langfristige Bemühungen deutscher Finanzexperten um eine Geldstabilisierung in Nachkriegsdeutschland. Für das Zentralorgan der SED, das rückblickend die Ankündigung der Währungsreform als „Atombombe“ zur „Zerreißung Deutschlands“ bezeichnete, war damit der Beweis gefunden, daß die Westmächte eine gemeinsame Reform niemals gewollt hatten und alle anderslautenden Erklärungen Lügen seien. Die propagandistische Anklage an die Adresse der Westmächte und ihre deutschen „Helfershelfer“ verband die Parteizeitung mit der Behauptung, daß von der sowjetischen Besatzungsmacht „bis zur letzten Stunde“ auf eine gesamtdeutsche Lösung hingearbeitet worden sei<sup>1</sup>. Dieser offiziösen Einschätzung folgte die Geschichtsschreibung der DDR völlig einstimmig bis zu ihrem Verschwinden<sup>2</sup>. Dagegen gingen westlich der Elbe die Antworten hinsichtlich der Chancen einer gesamtdeutschen Währungsreform auseinander. Während die einen die Möglichkeit einer gemeinsamen Währungsreform 1948 grundsätzlich verneinten, da durch die von der UdSSR seit 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durchgesetzten Maßnahmen die Währungs- und Wirtschaftsordnung Deutschlands faktisch bereits zerstört gewesen sei<sup>3</sup>, schlossen andere die Möglichkeit einer Kompromißlösung nicht

\* Diese Untersuchung entstand im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts, das wirtschaftspolitische Aspekte der sowjetischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht, am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam.

<sup>1</sup> Neues Deutschland vom 20. 6. 1948, S. 1.

<sup>2</sup> Vgl. Gerd Gebhardt/Klaus Kolloch, Zur Entstehungsgeschichte der separaten Währungsreform in Westdeutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 12 (1964), S. 1180–1193, hier S. 1187: „Eindeutig und klar war von Anfang an die Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht. (...) Eine einheitliche Währungsreform hielt sie aus sozialen und nicht zuletzt auch nationalen Erwägungen für unabdingbar.“ Diese Position wurde bis 1990 beibehalten, vgl. Rolf Badstübner, Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom Untergang des „Reiches“ bis zur deutschen Zweistaatlichkeit (1943 bis 1949), Berlin 1990, S. 336: „Die am 20. Juni 1948 separat in den Westzonen durchgeführte Währungsreform stabilisierte das monopolkapitalistische System, ermöglichte es den Nazi- und Kriegsverbrechern, ihre Rüstungs- und Kriegsprofite zu realisieren, und spaltete schließlich Deutschland in zwei unterschiedliche Währungsgebiete auf.“

<sup>3</sup> Vgl. Hans Möller, Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 bis 1975, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a. M. 1976, S. 433–484, hier S. 441: „Die Spaltung Deutschlands bestand, und trotz Weitergeltung der RM

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

aus<sup>4</sup>, eine Auffassung, die noch 1995 Zustimmung fand<sup>5</sup>. Solange interne ostdeutsche<sup>6</sup> und sowjetische Materialien zu dieser Angelegenheit nicht ausgewertet werden konnten, fehlten für all diese Einschätzungen wesentliche Belege.

Hier setzt die vorliegende Untersuchung an. Auf der Grundlage sowjetischer Quellen wird folgenden Fragen nachgegangen: Wie stellte sich die UdSSR nach der deutschen Kapitulation zu einer gemeinsamen Währungsreform in Deutschland mit den übrigen Besatzungsmächten? Zog sie tatsächlich, wie Christoph Buchheim 1988 annahm, eine „vierzonale Reform separaten Reformen in West und Ost“ vor, falls sich „eine Währungsreform nicht ganz verhindern“<sup>7</sup> ließe? Ist hinter der sowjetischen Politik in der deutschen Währungsfrage ein deutschland- und/oder transformationspolitisches Konzept erkennbar? Gab es ein spezifisches, von der Politik der Moskauer Zentrale unterscheidbares Herangehen der SMAD an die deutschen Währungsprobleme?

Dieser Ansatz zielt weniger auf die Analyse der währungs- und finanzpolitischen Überlegungen auf sowjetischer Seite – dafür sind die Quellen nach wie vor zu lückenhaft – als vielmehr auf die Untersuchung des politischen Manövrierens der sowjetischen Vertreter in der deutschen Währungsfrage. Diese Ausrichtung ergab sich (zwingend) auch aus dem bisher zugänglichen Quellenmaterial. Glückliche Umstände ermöglichten eine Materialsammlung im Archiv für Außenpolitik des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation<sup>8</sup>. Alle seitdem unternommenen Versuche, die Unterlagen des sowjetischen Finanzministeriums bzw. der Finanzverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland einzusehen, blieben erfolglos<sup>9</sup>. Trotz dieser Einschränkungen kann neues Licht auf die sowjetische

---

und trotz ihrer ungefähr gleichen Kaufkraft in Ost und West – gemessen nur in gestoppten Preisen und nicht etwa in erhältlichen Gütern – war diese gemeinsame Währungsordnung längst zerstört worden.“ Dieser Meinung folgte auch der ehemalige Leiter der Planungsabteilung der Staatsbank der DDR, Paul Frenzel, der in den siebziger Jahren in die Bundesrepublik übersiedelte. Vgl. Paul Frenzel, *Die rote Mark. Perestroika für die DDR*, hrsg. von Fritz Schenk, Herford 1989, S. 16.

<sup>4</sup> Vgl. Manuel Gottlieb, *Failure of Quadripartite Monetary Reform 1945–1947*, in: *Finanzarchiv*, Neue Folge 17 (1956/57), S. 398–417; ders., *The German Peace Settlement and the Berlin Crisis*, New York 1960, S. XII. Gottlieb war als Wirtschaftsfachmann in der amerikanischen Militärregierung tätig und partiell an den alliierten Währungsverhandlungen beteiligt.

<sup>5</sup> Vgl. Frank Zschaler, *Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961*, Berlin 1995, S. 75: „Die wenigen erhaltenen Quellen lassen allerdings vermuten, daß die Kompromißbereitschaft der russischen Vertreter unterschätzt wurde.“

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch die detailreiche Darstellung der Auseinandersetzung um die Währungsreform von Gunther Mai, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?* München 1995, S. 279–304, der in breitem Maße ostdeutsche Quellen einbezog.

<sup>7</sup> Christoph Buchheim, *Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland*, in: *VfZ* 36 (1988), S. 189–232, hier S. 209.

<sup>8</sup> Aufgrund eines zwischen der Historisch-Diplomatischen Verwaltung und dem Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin geschlossenen Kooperationsvertrags konnte der Verfasser 1992/93 die Deutschland betreffenden Bestände dieses Archivs für den Zeitraum 1941 bis 1949 einsehen.

<sup>9</sup> Die Unterlagen des sowjetischen Finanzministeriums, der sowjetischen Staatsbank (künftig: Gosbank) und der sowjetischen Münze (Goznak) werden im Ökonomischen Archiv der Russischen

Politik in Deutschland geworfen werden, die zwar schon häufig, allerdings stets ohne Berücksichtigung ihrer finanziellen und finanzpolitischen Aspekte, untersucht worden ist. Dies führte tendenziell zur Überschätzung der auf Deutschland als Ganzes gerichteten Absichten Ostberliner und Moskauer Politiker und zu einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, die für die UdSSR mit der Sicherung ihrer Position in Mitteleuropa verbunden waren. Die sowjetische Politik in und gegenüber Deutschland erschien schillernder, als sie tatsächlich war. Insofern kann die Analyse der Währungspolitik der UdSSR in Deutschland zu einer gewissen Ernüchterung beitragen.

*Die sowjetische Emission der alliierten Militärmark und andere Probleme im Umfeld der Währungsreformdiskussion*

Die Behandlung der deutschen Währung bildete neben den Reparationen einen zweiten Bereich, in dem die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auffassungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs – trotz aller auch zwischen ihnen vorhandenen Differenzen – auf grundlegend andere Anschauungen der UdSSR stießen. Der Verlauf der diesbezüglichen Verhandlungen im Kontrollrat muß vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse gesehen werden, die sich in den ersten Nachkriegsjahren in West- und Ostdeutschland durchaus unterschiedlich entwickelten<sup>10</sup>. Während darauf hier nicht näher eingegangen werden kann, soll auf Hindernisse hingewiesen werden, die – wie sich letztlich erwies – unüberwindlich waren und einer einheitlichen, gemeinsamen Währungsreform in ganz Deutschland den Weg versperrten. Dies waren zum einen die fehlende Bereitschaft der UdSSR, ihre getrennte Emission der alliierten Militärmark (M-Mark) gemeinsam mit den übrigen Besatzungsmächten einheitlich abzurechnen, und zum anderen die ungleichen Besatzungskosten, die auf ein unterschiedliches Vorgehen der vier Mächte in Deutschland verwiesen.

Die Idee, einheitliches Besatzungsgeld für Deutschland herauszugeben, lag nahe, sollte eine einheitliche Besetzung Deutschlands gewährleistet werden. Am 17. Januar 1944 übermittelte der amerikanische Botschafter in Moskau, Averell Harriman, den Vorschlag eines britisch-amerikanischen Komitees für Zivilangelegenheiten, gemeinsam mit der UdSSR ein Zahlungsmittel, die M-Mark, für die Deckung der Kosten im Zusammenhang mit der Besetzung Deutschlands zu schaffen<sup>11</sup>. Das Volkskom-

Föderation (RGAË) aufbewahrt. Akten dieser Einrichtungen, die deutsche Währungsangelegenheiten im Untersuchungszeitraum betreffen, sind jedoch noch immer nicht freigegeben. Die Unterlagen der SMAD-Finanzverwaltung müssen im Staatsarchiv der Russischen Föderation (künftig: GARF) vermutet werden, sind jedoch in ihrer Gesamtheit bisher nicht zugänglich.

<sup>10</sup> Vgl. Frank Zschaler, Die vergessene Währungsreform, Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: VfZ 45 (1997), S. 191–223.

<sup>11</sup> Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation Moskau (künftig: AVP/RF). Genannt werden, durch Querstriche getrennt, jeweils: 1. Fond, 2. Opic, 3. Papka, 4. Delo), 06/6/35/425, Bl. 50–51, Harriman an Molotov, 17.1. 1944; vgl. auch Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1944, Bd. III, S. 824f., Erlaß an Harriman, 14. 1. 1944. Über die Weiterleitung des Schreibens an Molotov berichtet Harriman am 18. 1. 1944 (ebenda, S. 825). Auf eine Antwort Molotovs wurde am 25. Januar telefonisch und am 8. Februar schriftlich gedrängt (ebenda, S. 826 und

missariat für Finanzen der UdSSR begrüßte diesen Vorschlag, knüpfte daran jedoch sofort die Bedingung, den eigenständigen Druck dieses Gelds in der UdSSR zu sichern. Zunächst wurde dabei an eine Gesamtsumme von 2 Milliarden M-Mark für die Rote Armee gedacht<sup>12</sup>. In der von Anastas Mikojan, dem Volkskommissar für Außenhandel, entworfenen Antwort wurde der Emissionsumfang offengelassen, dafür aber die Herausgabe der Druckplatten erbeten<sup>13</sup>. Diese Forderung stieß für einen kurzen Moment auf Bedenken des amerikanischen Finanzministers Morgenthau, der sich jedoch scheute, prinzipielle Einwände vorzutragen, und statt dessen auf technische Schwierigkeiten verwies<sup>14</sup>. Demgegenüber wiederholte Außenminister Molotov die sowjetische Forderung und fügte ihr die Warnung bei, daß sich die UdSSR im Falle einer Ablehnung gezwungen sehen könne, eigenes Besatzungsgeld herzustellen<sup>15</sup>. Daraufhin lenkte die amerikanische Seite ein und billigte der UdSSR Mitte April 1944 den Druck von Militärmark zu<sup>16</sup>. Das Beharren der UdSSR auf den selbständigen Druck von gemeinsamem alliierten Besatzungsgeld für ihre künftige Besatzungszone in Deutschland stand in bemerkenswertem Kontrast zum annähernd gleichzeitigen sowjetischen Verzicht auf eine diesbezügliche Praxis in Österreich<sup>17</sup>.

Die Initiative der beiden Westmächte für die Herausgabe eines gemeinsamen Besatzungsgelds war Anfang 1944 übereilt. Die UdSSR wich, nachdem sie die Genehmigung für den selbständigen Druck der Militärmark erhalten hatte, Verhandlungen

828). Beeinflusst durch die Kontroversen des Kalten Krieges ist diese Entwicklung dargestellt in: Vladimir Petrov, *Money and Conquest. Allied Occupation Currencies in World War II*, Baltimore 1967, S. 113–131.

<sup>12</sup> AVP/RF, 06/6/35/425, Bl. 3 f., Zverev an Molotov, 25. 1. 1944.

<sup>13</sup> Ebenda, Bl. 62 f., (Entwurf Mikojans) Molotov an Harriman, 9. 2. 1944, abgesandt am 14. 2. 1944. Vgl. FRUS, 1944, Bd. III, S. 828 f.: Bericht Harrimans vom 15. 2. 1944.

<sup>14</sup> Über die Einwände Morgenthaus berichtet Zverev an Molotov, 17. 3. 1944, in: AVP/RF, 06/6/35/425, Bl. 1 f.

<sup>15</sup> Ebenda, Bl. 67 f., Molotov an Harriman, 7. 4. 1944. Die amerikanische Version ist abgedruckt in: U. S. Congress, Senate, *Hearings before the Committees on Appropriations, Armed Services, Banking and Currency*, 80th Congress, 1st Session, June 17–18, 1947, S. 151: Harriman an Hull, 8. 4. 1944.

<sup>16</sup> AVP/RF, 06/6/35/425, Bl. 71, Harriman an Molotov, 17. 4. 1944.

<sup>17</sup> FRUS, 1944, Bd. III, S. 836, Bericht Harrimans vom 24. 6. 1944. Er informiert über ein Schreiben Vyšinskij vom 22. Juni, in dem das Einverständnis der UdSSR mit der Einführung einer „special currency separate form the allied military mark“ in Österreich erklärt wird. Der Teil dieser Währung, der von der UdSSR benötigt werde, solle durch die britische Regierung gedruckt werden. Die UdSSR gehe davon aus, daß ihr ein Drittel der Gesamtmenge des gedruckten Geldes, aber nicht weniger als anderthalb Milliarden Schilling, zu den Herstellungskosten im August 1944 zur Verfügung gestellt werde. Nach dem Kriege erfolgte die „Zuteilung“ der M(militär)-Schilling an die sowjetischen Stellen in Österreich auf dem gleichen Wege wie die „Zuteilung“ der M-Mark durch spezielle Verordnungen des Rats der Volkskommissare. In der *Rasporjaženie* Nr. 10279rs vom 5. 7. 1945 wird die im 2. Quartal 1945 zugeteilte Menge mit 1,5 Mrd. M-Schilling beziffert und gleichzeitig die „Zuteilung“ von weiteren 500 Millionen M-Schilling angeordnet. Vgl. GARF (genannt werden, durch Querstriche getrennt, jeweils: 1. Fond, 2. Opis, 3. Delo), R-5446/47a/2910. Obwohl damit die zugeteilte Menge an M-Schilling die von Vyšinskij im Juni 1944 genannte Summe überschritt, geht Petrov davon aus, daß die Herstellung dieses Geldes nicht in der UdSSR erfolgte. Vgl. Petrov, *Money and Conquest*, S. 202, Anm. 23, und S. 240, Anm. 30.

in der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) über eine gemeinsame Direktive zur Finanzpolitik in Nachkriegsdeutschland aus<sup>18</sup>. Ohne darüber jemals öffentlich Rechenschaft abzulegen, ließ die UdSSR zwischen 1944 und Juni 1946 große Mengen an Besatzungsgeld für Deutschland drucken. Daten zu deren Gesamtumfang fehlen noch immer. Die nachstehenden Angaben weisen erhebliche Differenzen auf und verdeutlichen, daß selbst die unmittelbar beteiligten sowjetischen Stellen über keine exakten Angaben verfügten:

Tabelle 1: Angaben zum Umlauf der M-Mark in der SBZ (Angaben in Mrd. M-Mark)

Quelle	Zeitpunkt	SBZ
Sokolovskij, 17. 5. 46 <sup>19</sup>	1. 4. 46	> 8
Karpov, 20. 4. 46 <sup>20</sup>	1. 4. 46	8,687
Lavrov, 29. 6. 46 <sup>21</sup>	28. 6. 46	7-8
Zverev, 24. 7. 46 <sup>22</sup>	Sommer 46	9,7
Gottlieb <sup>23</sup>	1945	6-8
Petrov <sup>24</sup>	1945-48	78
Mai <sup>25</sup>	31. 3. 48	7,1
Zschaler <sup>26</sup>	1945-46	7,7
DDR-Handbuch (1985)	1945-48	9
Baar/Karlsch/Matschke <sup>27</sup>		5

Die Herstellung der in der SBZ eingesetzten Militärmark erfolgte bis zum Februar 1945 in der Staatsmünze der UdSSR (Goznak). Aufgrund des „starken Anstiegs des Bedarfs an Geldzeichen auf dem besetzten Gebiet Deutschlands“ wurde damit am 15. März 1945 die Druckerei der Hauptverwaltung für Geodäsie und Kartographie (GUGK) beim Rat der Volkskommissare in Moskau beauftragt<sup>28</sup>. Die „Zuteilung“ (faktisch die Emission) der gedruckten Geldmenge an sowjetische Einrichtungen zur Finanzierung der Roten Armee „und für andere Zahlungen“ in Deutschland erfolgte durch Verordnungen des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der UdSSR. Sie läßt sich für die Jahre 1945 und 1946 erfassen:

<sup>18</sup> Vgl. AVP/RF, 082/28/177/1, Bl. 60-64, Zverev an Vyšinskij, 24. 7. 1944.

<sup>19</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 46-50, Sokolovskij an Molotov, 17. 5. 1946.

<sup>20</sup> GARE, R-5446/48a/2239, Spravka Karpovs vom 20. 4. 1946.

<sup>21</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 137, Lavrov an Smirnov, 29. 6. 1946.

<sup>22</sup> AVP/RF, 07/11/13/178, Bl. 10-13, Entwurf Zverevs für ein Memorandum an Stalin, 24. 7. 1946.

<sup>23</sup> Gottlieb, Peace Settlement, S. 106.

<sup>24</sup> Petrov, Money and Conquest, S. 200.

<sup>25</sup> Mai, Kontrollrat, S. 284.

<sup>26</sup> Zschaler, Vergessene Währungsreform, S. 196. Zschaler stützt sich auf Berechnungen des Berliner Stadtkontors.

<sup>27</sup> Lothar Baar/Rainer Karlsch/Werner Matschke, Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, Berlin o. J. [1993], S. 66 f.

<sup>28</sup> GARE, R-5446/47a/2706, Postanovlenie Nr. 275-89 ss, 10. 2. 1945.

Tabelle 2: Verordnungen des Rats der Volkskommissare/Ministerrats über die „Zuteilung“ (otpustit') von M-Mark

Quelle	Datum	Mrd. M-Mark
Rasporjaženie Nr. 2068 rs <sup>29</sup>	07. 02. 45	2,5
Rasporjaženie Nr. 5081 rs <sup>30</sup>	29. 03. 45	5,0
Rasporjaženie Nr. 10279 rs <sup>31</sup>	05. 07. 45	6,0
Rasporjaženie Nr. 18117 rs <sup>32</sup>	20. 12. 45	2,5
Rasporjaženie Nr. 5297 rs <sup>33</sup>	20. 04. 46	1,5
insgesamt: 7. 2. 45–20. 4. 46		17,5

Im Frühjahr 1946 sollte die Herstellung des Besatzungsgelds auf die SMAD übergehen, die sowohl für den Druck („Gizek und Devrient“) als auch für die Papierherstellung („Felix Scheller & Bausch“ in der Stadt Dömmitsch) Firmen in der SBZ beauftragen sollte<sup>34</sup>. Ob es tatsächlich dazu kam ist jedoch fraglich<sup>35</sup>. Nachdem die UdSSR im Kontrollrat unter zunehmenden Druck geraten war, Angaben über den Umfang des von ihr in Umlauf gesetzten Besatzungsgelds zu machen, wurde sowjetischerseits im Juni 1946 die Emission der alliierten Militärmark eingestellt<sup>36</sup>.

Bis zu diesem Zeitpunkt diente die Militärmark der UdSSR in erster Linie zur Deckung ihrer Besatzungskosten<sup>37</sup>, die außerordentlich hoch waren<sup>38</sup>. Vollständige

<sup>29</sup> GARF, R-5446/47a/2698.

<sup>30</sup> GARF, R-5446/47a/2757.

<sup>31</sup> GARF, R-5446/47a/2910.

<sup>32</sup> GARF, R-5446/48a/2239.

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> GARF, R-5446/48a/2148, Zverev an Molotov, 26. 1. 1946. Die Schreibweise der deutschen Firmennamen wurden in ihrer russischen Transliteration beibehalten.

<sup>35</sup> Vgl. AVP/RF, 082/30/130/32, 1., Bl. 133–135, Semenov an Smirnov, 25. 6. 1946: „Angaben zur Emission von M-Mark in der SBZ haben wir überhaupt nicht, da dieses Geld in Moskau gedruckt wird, und Gosbank uns keinerlei Angaben mitteilt.“

<sup>36</sup> Eine Verordnung zur Einstellung der Emission ist bisher nicht bekannt. Erst rückblickend gab Maletin in seinem Bericht über die sowjetischen Besatzungskosten vom 27. 2. 1947 den Juni des vorangegangenen Jahres als Einstellungstermin an. Vgl. AVP/RF, 0457a/4/16/34, Bl. 36–41. Bereits am 26. 11. 1946 war die Einstellung der M-Mark Emission durch die UdSSR im Kontrollrat bekannt gegeben worden. Vgl. Mai, Kontrollrat, S. 284. Der Stellvertreter Maletins, V. K. Sitnin, datiert in seiner offiziellen Darstellung der „Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik“ die sowjetische Einstellung der Herausgabe der M-Mark auf September 1946. Vgl. V. K. Sitnin, Financy Germanskoi Demokratičeskoj Respubliki, Moskau 1951, S. 27.

<sup>37</sup> Bereits durch die Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR (Postanovlenie-GKO, Nr. 6886s) vom 4. 11. 1944 wurde die Bezahlung der Angehörigen der Roten Armee und des Bedarfs zur Versorgung der Armee in Deutschland durch M-Mark (bzw. erbeutete Reichsmark) geregelt. Als interner Kurs war ein Verhältnis von 1 RM zu 0,40 Rubel festgesetzt worden. Vgl. Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente zur neuesten Geschichte, Fond 644, Opis 1, Delo 330, Bl. 93–95.

<sup>38</sup> AVP/RF, 07/11/13/177, Bl. 6–9, Zverev an Molotov, 24. 5. 1946. Nach diesen Angaben überstiegen die sowjetischen Besatzungskosten die der drei Westmächte um das Doppelte.

Angaben liegen dafür bisher nicht vor. In den unterschiedlichen sowjetischen Einzelaufstellungen wurden diese Ausgaben nicht aufgeschlüsselt. Offensichtlich bestand eine erhebliche Differenz zwischen der anfänglichen sowjetischen Auffassung, was als Besatzungskosten anzusehen war, und ihrer späteren befehlsmäßigen Definition zur Verrechnung in den ostdeutschen Landeshaushalten<sup>39</sup>. Anfangs wurden in diese Kosten sämtliche finanziellen Ausgaben zugunsten der UdSSR einbezogen, also auch Kosten für Reparationen und den Aufkauf sonstiger Güter<sup>40</sup>. In einem internen Bericht vom März 1946 wurden die Gesamtausgaben der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland für den Zweimonatszeitraum (Januar und Februar 1946) auf 1270 Mill. RM beziffert. Von den für das erste Quartal 1946 erwarteten Ausgaben in Höhe von insg. 1910 Mill. RM sollten lediglich 460 Mill. RM auf die Budgets der Länder und Provinzen der SBZ umgelegt werden<sup>41</sup>. Nach anderen Angaben betrug die sowjetischen Besatzungskosten von Anfang 1945 bis zum 1. April 1946 13,7 Milliarden RM, wovon 8,5 Milliarden durch die Emission von Militärmark gedeckt wurden. Nach diesem Bericht gingen die restlichen 5,2 Milliarden Mark zu Lasten der UdSSR, wobei die Ausgaben unberücksichtigt blieben, die innerhalb der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Besetzung Deutschlands entstanden seien<sup>42</sup>. Seit Ende 1945 wurden sowjetische Besatzungskosten in deutscher Währung (RM) durch die Haushalte der Länder und Provinzen der SBZ gedeckt. Dabei handelte es sich allerdings nur um einen Teil der realen Aufwendungen der UdSSR für Besetzung und Militärverwaltung der SBZ<sup>43</sup>. Maletin bezifferte nach vorläufigen Berechnungen die bis zum 1. Januar 1947 in nichtdeutscher Währung angelaufenen Besatzungskosten (der in Rubel ausgezahlte Teil des Gehalts, Familienunterstützung, Materialversorgung, Transportkosten und andere Ausgaben im Zusammenhang mit der Besetzung) auf ca. 15 Milliarden Rubel<sup>44</sup>.

Die SMAD war anfangs durchaus bereit, den Westmächten (Teil-)Angaben über die in Umlauf gesetzten Mengen an Besatzungsgeld zur Verfügung zu stellen<sup>45</sup>.

<sup>39</sup> Vgl. Baar/Karlsch/Matschke, *Kriegsfolgen*, S. 51. Unter Berufung auf Befehl 093 (Jahr fehlt) werden dort zu den Besatzungskosten folgende Leistungen gerechnet: „1. Kosten für die Unterhaltung der Truppen und Einrichtungen, 2. Vergütungen für Lieferungen und Leistungen an die Besatzungsmacht auf der Grundlage ordnungsgemäßer Lieferanforderungen, 3. Vergütungen kommunaler Leistungen für die Besatzungsmacht.“

<sup>40</sup> Vgl. Sitnin, *Financy*, S. 26: In der ersten Zeit sei es unmöglich gewesen, die Besatzungs- und Reparationskosten durch die deutschen Budgets zu decken, „es mußte dazu übergegangen werden, sie durch die Emission von Mark des alliierten Oberkommandos [marka sojusnogo voennogo komandovanija] zu decken.“

<sup>41</sup> GARF, R-5446/48a/2239, Bl. 1, *Spravka Chotенок* vom 30. 3. 1946.

<sup>42</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 42f., Lozovskij an Mikojan, 25. 4. 1946.

<sup>43</sup> Vgl. Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53*, Berlin 1993, S. 221. So 1945: 0,5 Mrd. RM; 1946: 1,5 Mrd. RM; 1947: 2 Mrd. RM und 1948: 2,2 Mrd. RM.

<sup>44</sup> AVP/RF, 0457a/4/16/34, Bl. 36–41, *Memorandum Maletins an Zverev*, 27. 2. 1947.

<sup>45</sup> Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), Z 45 F/OMGUS, 2/104–3/1, CORC/P(45) 209: *Reporting of Allied Military Mark Issues*, 18. 12. 1945. Diesem Papier hatte auch Sokolovskij zu-

Dies stieß jedoch auf vollständige und einmütige Ablehnung der vorgesetzten Moskauer Stellen<sup>46</sup>. Dennoch sicherte der sowjetische Vertreter im Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrats am 3. Dezember 1946 zu, Daten bereitzustellen, sobald sie vorlägen<sup>47</sup>. Diese Zusicherung wurde niemals eingelöst. Auch der Versuch des Chefs der Finanzverwaltung, Maletin, am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz geschönte Zahlen zu veröffentlichen, blieb ohne Erfolg<sup>48</sup>. Die UdSSR war nicht bereit, ihre Besatzungskosten an die der Westmächte anzugleichen und damit eine einheitliche Regelung dieser Frage für alle vier Zonen zu ermöglichen.

*Die Initiative der SMAD für eine gesamtdeutsche Währungsreform (März bis Juli 1946)*

Gestützt auf Ausarbeitungen seiner Finanzverwaltung<sup>49</sup>, regte der Oberste Chef der SMAD, Georgij Konstantinovič Žukov, am 3. März 1946 eine gesamtdeutsche Währungsreform an. In einem telegraphischen Bericht an Molotov schlug er vor, erstens Provinz- und Länderbanken zur Emission einer neuen deutschen Währung zu schaffen, die von einem „zentralen (deutschen) Büro der Emissionsbanken“ unter der Kontrolle der vier Alliierten geleitet werden sollten; zweitens einen Umtausch der neuen Mark gegen die alten Reichs-, Renten- und Militärmark zum Kurs von 1:10 vorzunehmen; drittens alle Schuldverpflichtungen, darunter die Reichsschulden (*vnutrennij gosudarstvennyj dolg*), auf 10 Prozent abzuwerten und viertens das derzeitige Lohn- und Preisniveau aufrechtzuerhalten. Eine Emission der neuen Währung außerhalb der vierseitigen Kontrolle war nicht vorgesehen, aber auch nicht

gestimmt. Der „Kurier“ vom 23. 12. 1945 sah durch die Verabschiedung dieses Papiers Deutschland zum ersten Mal als eine wirtschaftliche Einheit behandelt. Der Artikel ist abgedruckt bei Josef Deckers, *Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR*, Berlin 1974, S. 154.

<sup>46</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 9f., Schreiben des stellvertretenden Volkskommissars für Finanzen, A. Poskonov, des stellvertretenden Präsidenten der Gosbank, Ja. Golev, und des stellvertretenden Volkskommissars für Außenhandel, A. Krutikov, an Molotov, 22. 1. 1946. Diese beziehen sich auf ein Telegramm Sokolovskijs vom Dezember 1945 (bisher nicht zugänglich), in dem die Bereitschaft zum Informationsaustausch mitgeteilt wurde.

<sup>47</sup> BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/104-2/7-8, CORC/M(46) 63, Item 69, 3. 12. 1946.

<sup>48</sup> AVP/RF, 0457a/4/16/34, Bl. 36–41, Memorandum Maletins an Zverev, 27. 2. 1947.

<sup>49</sup> Für die deutschen Finanzangelegenheiten war innerhalb der SMAD zunächst die im Juni 1945 gebildete Abteilung für Finanzen zuständig, die im Zuge der Reorganisation der SMAD im Dezember 1945 in eine Verwaltung für Finanzen umgebildet und damit aufgewertet wurde. An deren Spitze stand bis Herbst 1948 P. A. Maletin, der dann von seinem Stellvertreter V. K. Sitnin abgelöst wurde. Maletin hatte bis zum Sommer 1945 als Stellvertreter des Volkskommissars für Finanzen der UdSSR fungiert. Über Maletin ist bisher wenig bekannt. Er gehörte 1944 zur sowjetischen Delegation auf der Konferenz von Bretton Woods. In dem von ihm mitgetragenen Abschlußbericht hatte sich die sowjetische Delegation für eine Beteiligung der UdSSR am Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ausgesprochen, war damit aber auf die Ablehnung durch die sowjetische Führung gestoßen. Zu Maletin und Sitnin vgl. Gottlieb, *Quadrupartite Monetary Reform*, S. 400, Anm. 2.



ausgeschlossen – dies unterschied den Plan von allen späteren sowjetischen Vorschlägen<sup>50</sup>. Dieser Vorstoß kam überraschend früh und wies unübersehbare Gemeinsamkeiten mit der erst am 8. April 1946 von den amerikanischen Finanzexperten vorgelegten „Outline of a tentative plan for the liquidation of war finance and the financial rehabilitation of Germany“ (besser bekannt als Colm-Dodge-Goldsmith-Plan oder CDG-Plan) auf<sup>51</sup>. Dies deutet auf frühe inoffizielle sowjetisch-amerikanische Kontakte hin.

Die Diskussion um eine Währungsreform war in den alliierten Gremien bereits am 15. November 1945 durch einen amerikanischen Vorschlag zur Inflationsbekämpfung eröffnet worden<sup>52</sup>. Die darin vorgesehene Währungsumstellung von 5:1 stieß auf die entschiedene Ablehnung der Briten, die darüber hinaus ebenso wie die Franzosen die vollständige Annullierung der Reichsschuld abgelehnt hatten<sup>53</sup>. Paul Chambers, der Chef der Finance Division der britischen Control Commission, stellte im Finanzdirektorat (DFIN) des Alliierten Kontrollrats völlig zurecht fest, daß eine Diskussion über Einzelheiten der künftigen Währungsreform vor vollständiger Kenntnis der Währungs- und Haushaltsangelegenheiten in allen vier Zonen verfrüht sei<sup>54</sup>. Immerhin wurden alle im Direktorat vertretenen Delegationen aufgefordert, Vorschläge zur Inflationsbekämpfung vorzulegen<sup>55</sup>.

Höchstwahrscheinlich bildete dieser Beschluß den formellen Ausgangspunkt für die Ausarbeitung des sowjetischen Vorschlags. Motiviert wurde er von Žukov mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die Menge des sich im Umlauf befindlichen Gelds, die die Erfordernisse des Warenumtausches bei weitem übersteige, zu reduzieren sowie den Zufluß von Reichsmark aus dem Ausland und deren Nutzung durch „feindliche Elemente“ innerhalb Deutschlands zu stoppen<sup>56</sup>. Eine solche Begründung erscheint dürftig angesichts der zumindest von britischer Seite sicher zu erwartenden Einwände. Wenn die UdSSR trotzdem beabsichtigte, ihn noch im März 1946 – während ihrer turnusmäßigen Präsidentschaft in allen Kontrollratsgremien – einzubringen, so dürften dafür taktische Motive eine maßgebende Rolle gespielt haben. Offensichtlich ging es den sowjetischen Vertretern in Berlin weniger um die sofortige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen als vielmehr darum, in der seit der

<sup>50</sup> G. K. Žukov an V. M. Molotov vom 3. 3. 1946 (bisher nicht zugänglich), der Inhalt ist dargelegt in der Stellungnahme des sowjetischen Finanzministeriums. Vgl. AVP/RF 082/30/130/32, Bl. 20f., Zverev an Molotov, 21. 3. 1946.

<sup>51</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 8. 4. 1946 vgl. Hans Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Deutsche Währungsreformpläne 1945–1948, Tübingen 1961, S. 214f. Dieser Plan wurde später nach seinen drei Hauptautoren Gerhard Colm, Raymond Goldsmith und Joseph Dodge benannt.

<sup>52</sup> Zum Vorschlag vom 15. 11. 1945 vgl. BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/121–2/10–17, DFIN/P(45) 42.

<sup>53</sup> Vgl. Ian Turner, Great Britain and the Post-War German Currency Reform, in: Historical Journal 30 (1987), S. 690.

<sup>54</sup> Vgl. Gottlieb, Quadripartite Monetary Reform, S. 403.

<sup>55</sup> BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/121–2/1–4, DFIN/M(45) 14.

<sup>56</sup> G. K. Žukov an V. M. Molotov vom 3. 3. 1946 (wie Anm. 50).

Potsdamer Konferenz ebenso strittigen wie entscheidenden Frage der deutschen Wirtschaftseinheit die Initiative zu gewinnen und erkennbare Differenzen unter den Westmächten auszunutzen. Ein derartiger taktischer Zug schien um so notwendiger, als der Reparations- bzw. Industrieniveauplan des Alliierten Kontrollrats unmittelbar vor der Verabschiedung stand, bei dessen Aushandlung die UdSSR in fast allen Fragen der nahezu geschlossenen Front der drei westlichen Mächte gegenübergestanden hatte<sup>57</sup>.

Obwohl das Risiko gering war, daß der sowjetische Währungsvorschlag angenommen worden wäre, verweigerte das Moskauer Außenministerium die Zustimmung zu seiner Einbringung in den Kontrollrat. Der sowjetische Finanzminister Zverev<sup>58</sup> hatte zwar der Notwendigkeit einer Reform der deutschen Währung grundsätzlich zugestimmt, jedoch bemängelt, daß unklar bleibe, wer das neue Geld herausgeben solle. Durch die SMAD müsse sichergestellt werden, „auf welchem Weg unsere Unabhängigkeit im Erhalt der notwendigen Mittel für die Deckung unserer Ausgaben (einschließlich Reparationen) gesichert wird, wenn das Budget der sowjetischen Besatzungszone ein Defizit aufweist“<sup>59</sup>. Damit war das entscheidende Stichwort, Sicherung der *Unabhängigkeit* der Zone, gefallen, das die sowjetische Position in den vierseitigen Währungsverhandlungen bis zu ihrem endgültigen Scheitern im März 1948 bestimmen sollte. Vasilij Danielovič Sokolovskij, der inzwischen die Nachfolge Žukovs als Oberster Chef der SMAD angetreten hatte, wurde beauftragt, die Möglichkeiten der selbständigen Bestimmung des Umfangs der Emission des neuen Gelds in den einzelnen Zonen zu sondieren. Um einer übereilten Durchführung der Reform einen zusätzlichen Riegel vorzuschieben, wurde klargestellt, daß deren Verwirklichung erst nach der Schaffung einer gesamtdeutschen Finanzverwaltung möglich sei. Auch in Moskau war bekannt, daß Frankreich bereits im Herbst 1945 gegen die Errichtung gesamtdeutscher Zentralverwaltungen sein Veto eingelegt hatte. Immerhin wurde Sokolovskij die Erlaubnis erteilt, mit den Alliierten inoffiziell und geheim Verhandlungen über die Grundprinzipien der Währungsreform aufzunehmen<sup>60</sup>.

Ob die SMAD ein eigenständiges, in den Verhältnissen „ihrer“ Zone begründetes Interesse an einer möglichst schnellen Währungsreform in Deutschland hatte, blieb für die Westmächte ebenso strittig wie für spätere Beobachter. Während Christoph Buchheim ein solches Interesse sehr gering veranschlagt<sup>61</sup>, ist Gunther Mai geneigt,

<sup>57</sup> Vgl. Jochen Laufer, Das Problem der Reparationen in den Beziehungen der vier Besatzungsmächte 1945/46, in: Martin Robbe/Dieter Senghaas (Hrsg.), Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen, Berlin 1990, S. 59–72.

<sup>58</sup> Arsenij Grigor'evič Zverev (1900–1969), seit 1937 stellvertretender Volkskommissar für Finanzen, 1938–1960 Volkskommissar, seit März 1946 Finanzminister.

<sup>59</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 20, Zverev an Molotov, 21. 3. 1946. Hervorhebung des Autors.

<sup>60</sup> Ebenda, Bl. 21, Entwurf Zverevs für eine Weisung an Sokolovskij, 21. 3. 1946. Daß auf der Grundlage dieses Entwurfs tatsächlich ein Telegramm an Sokolovskij erging, ergibt sich aus dem Bericht Sokolovskijs vom 17. 5. 1946.

<sup>61</sup> Vgl. Buchheim, Währungsreform, S. 207.

ihm größere Bedeutung beizumessen<sup>62</sup>. Er beruft sich dabei auf Einschätzungen eines sowjetischen Finanzfachmanns, der auf den negativen Einfluß der desolaten Währungsverhältnisse auf die ostdeutsche Wirtschaft verwies, wo überschüssiges Geld bei fehlendem Warenangebot den Anreiz zur Erhöhung der Produktivität in Industrie, Landwirtschaft und Kleingewerbe verringert und die Spekulation begünstigt habe<sup>63</sup>. Tatsächlich hob Sokolovskij, als er Mitte Mai 1946 einen zweiten Anlauf für eine sowjetische Initiative für eine gesamtdeutsche Währungsreform unternahm, stärker als zuvor Žukov interne Motive hervor, konnte dabei aber kaum überzeugend argumentieren: Infolge des Umlaufs einer großen Geldmenge bei gleichzeitig geringem Warenumsatz seien äußerst negative Folgen für die deutsche Wirtschaft zu befürchten: Schwarzmarkt, Preis- und Lohnexplosion. Daher sei eine Währungsreform neben den schon getroffenen Maßnahmen in der SBZ dringend durchzuführen. Darauf drängten alle demokratischen Parteien und breite Schichten der Bevölkerung<sup>64</sup>. Dennoch, die Wiederholung der Forderung Žukovs nach einer sowjetischen Initiative für eine gesamtdeutsche Währungsreform, ohne – wie von der Moskauer Zentrale gefordert – die Unabhängigkeit der sowjetischen Politik in der SBZ sichergestellt zu haben, deutet darauf hin, daß es der SMAD weniger um eine gesamtdeutsche Lösung der ostdeutschen Währungsprobleme als vielmehr um die Initiative im Kontrollrat und eine taktische Annäherung an die amerikanische Position ging. Der von Sokolovskij am 17. Mai übermittelte Vorschlag sah vor:

1. Bargeld, sowohl Reichsmark als auch Militärmark, gegen neues Geld zum Kurs von 1:10 einzutauschen,
2. Guthaben in Kreditinstituten sowie alle Schulden, incl. der inneren Staatsschuld, auf 10 Prozent abzuwerten,
3. den Umtausch von Bargeld auf 100 000 RM zu beschränken und alles darüber hinausgehende auf gesperrte Konten zu überweisen,
4. Handels- und Industrieunternehmen eine Geldmenge in Höhe ihres siebentägigen Umsatzes in festen Preisen zum Kurs von 1:1 umzutauschen,
5. Arbeitern, Angestellten und Rentnern einen zweiwöchigen Lohn zum Kurs von 1:1 einzuwechseln,
6. Angehörigen der Verwaltung und der Truppenteile der Alliierten in Deutschland ein Monatsgehalt in deutscher Währung zum Kurs von 1:1 umzutauschen,
7. das neue Geld in einer für ganz Deutschland einheitlichen äußeren Form herauszugeben,
8. die Währungsreform im Januar 1947 durchzuführen und
9. nach der Geldreform eine Steuerreform in Angriff zu nehmen, um auch „materielle Kriegsparsimonie“ teilweise zu enteignen.

Damit knüpfte Sokolovskij an die Vorschläge an, die von Žukov am 3. März entwickelt worden waren, und versuchte die Vorstellungen, die die Anfang 1946 nach

<sup>62</sup> Vgl. Mai, Kontrollrat, S. 281 und 291.

<sup>63</sup> Sitnin, Financy, S. 31.

<sup>64</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 46–50, Sokolovskij an Molotov, 17. 5. 1946.

Deutschland entsandten amerikanischen Finanzspezialisten<sup>65</sup> in „privaten Gesprächen“ mit ihren sowjetischen Kollegen erläutert hatten<sup>66</sup>, den Interessen der UdSSR anzupassen. In diesem Zusammenhang verwies er auf zu erwartende Meinungsverschiedenheiten über Punkt 7 des sowjetischen Vorschlags und bemerkte dazu: „Die Amerikaner und Engländer sind der Meinung, daß die Emission durch eine deutsche Zentralbank abgewickelt und für alle Zonen zentralisiert werden sollte. Um die notwendige Selbständigkeit der Zonen bei der Ausgabe von Geld zu erhalten, werden wir darauf bestehen, daß der Umfang der Emission von den Provinzialbanken unter der Kontrolle des (jeweiligen) Oberkommandierenden bestimmt wird, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, da ein – ausgehend von den Bedürfnissen der jeweiligen Zonen – ausgeglichenes Zonenbudget vorhanden ist.“ Ein zentrales Büro der Provinzbanken sollte hingegen lediglich allgemeine Fragen der Emission regeln (z. B. die Form und das Aussehen der Scheine und Münzen, Bedingungen und Ziele der Emission), aber auch die Bilanzierung übernehmen<sup>67</sup>. Dieser Kommentar Sokolovskijs verdeutlicht, daß sein Vorschlag, selbst wenn auf sowjetischer Seite darüber Einigkeit erzielt und er in den Kontrollrat eingebracht worden wäre, noch längst nicht zur Lösung der Währungsprobleme geführt hätte. Letztere wären lediglich früher Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten geworden.

Die Aufgeschlossenheit der Verantwortlichen in der SMAD, die Initiative für eine gesamtdeutsche Währungsreform zu ergreifen (was nicht mit ihrer Bereitschaft verwechselt werden sollte, die für eine gemeinsame Währungsreform notwendigen Kompromisse tatsächlich einzugehen), fand im Mai 1946 indirekt ihren Niederschlag im Auftreten des Präsidenten der Statistischen Zentralverwaltung und Vizepräsidenten der Deutschen Zentralfinanzverwaltung, Bruno Gleitze. Kaum ohne vorhergehendes Einverständnis seitens der sowjetischen Militärregierung, sprach Gleitze am 10. Mai 1946 an der Berliner Universität von der Notwendigkeit einer Währungsre-

<sup>65</sup> Dabei handelte es sich um die emigrierten deutschen Wissenschaftler Gerhard Colm und Raymond W. Goldsmith, die im März 1946 ihre Arbeit aufnahmen. Vgl. Mai, Kontrollrat, S. 281, Anm. 90. Eckhard Wandel, *Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945–1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik*, Frankfurt a. M. 1980, S. 97, datiert die Arbeitsaufnahme der amerikanischen Experten bereits auf Januar 1946.

<sup>66</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 46–50, Sokolovskij an Molotov, 17. 5. 1946. Eine Fassung der amerikanischen Vorschläge wurde von Sokolovskij als Anlage zu diesem Schreiben übermittelt. Offiziell wurde der CDG-Plan erst am 20. 5. 1946 an den Chef der amerikanischen Militärregierung weitergeleitet und am 17. 6. 1946 an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Wirtschaftsfragen, K. I. Koval', übermittelt. Vgl. John H. Backer, *The Decision to Divide Germany. American Foreign Policy in Transition*, Durham/N. C. 1978, S. 121. Inoffiziell wurde der amerikanische Planentwurf bereits am 2. Mai im Finanzdirektorat des Alliierten Kontrollrats vorgestellt. Vgl. AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 69–72, Smirnov für Vyšinskij, 7. 6. 1946.

<sup>67</sup> Ebenda.

form<sup>68</sup>. Noch am 7. Juni konnte er diese Forderung in der Presse wörtlich wiederholen<sup>69</sup>.

Unmittelbar nach Verkündung des amerikanischen Demontagestopps<sup>70</sup> und im Umfeld der zweiten Sitzung des Rats der Außenminister in Paris (25. April bis 12. Juli 1946), löste der Währungsreformvorschlag des Obersten Chefs der SMAD eine intensive Diskussion zwischen den zuständigen Moskauer Stellen aus. Dabei zeigten sich Schwankungen. Nach anfänglich offener Ablehnung entschied man sich in Moskau für ein Taktieren.

In einer ersten Stellungnahme hoben Andrej Andreewiĉ Smirnov und Vladimir Sergeevič Geraščenko, die Deutschland- und Wirtschaftsexperten des sowjetischen Außenministeriums, hervor, daß die Herausgabe neuer einheitlicher deutscher Geldzeichen (gleichgültig ob zentral oder zonal) vor der Bildung einer deutschen Zentralregierung verfrüht sei. Mit der Schaffung einer zentralen Deutschen Emissionsbank und der Einführung einer neuen deutschen Währung könnte eine Gesundung der deutschen Wirtschaft zwar erreicht werden, sie würde aber zu Lasten sowjetischer Interessen gehen. Die Amerikaner hätten bereits deutlich gemacht, daß sie die Einstellung der Militärmark-Emission, die Beschränkung der Besatzungskosten und der Ausgaben für Reparationen als Grundlagen für die Durchführung der Währungsreform betrachteten. Daher solle Sokolovskij keine Eile bei der Einführung einer nationalen deutschen Mark zeigen<sup>71</sup>. Dieser Empfehlung schloß sich zunächst auch Finanzminister Zverev an. Er betonte, daß die finanzielle Lage Deutschlands „nicht

<sup>68</sup> Vgl. Bruno Gleitze, Schuldenerbmasse und Währung, in: Die freie Gewerkschaft, 12. 5. 1946. Auszüge aus einem öffentlichen Vortrag an der Berliner Universität über die Möglichkeiten für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse und im Rahmen des Industriepfandes des Kontrollrats. Zur Währungsfrage erklärte Gleitze: „Die in Berlin und der sowjetischen Zone vorherrschende Ansicht betrachtet als vordringlichste Aufgabe, den aus der Kriegsfinanzierung herrührenden gewaltigen Geldüberfluß zu beseitigen. In diesem Geldüberfluß liegt eine große Gefahr für die Währung, aber auch für die Ordnung der uns verbliebenen Produktivkräfte. (...) Diese Gefahren sieht heute jeder Einsichtige und sie haben es bewirkt, daß sich die Anschauungen der Sachverständigen aus den westdeutschen Gebieten den ostdeutschen in einer Weise angenähert haben, die niemand im Sommer vorigen Jahres erwartet hätte. Ich begrüße die aus Frankfurt am Main gemeldete Initiative der Gewerkschaften, die zusammen mit der Industrie-, Handwerks- und Handelskammer in Groß-Hessen der amerikanischen Militärregierung einen Entwurf für Währungsmaßnahmen vorgelegt haben, der Maßnahmen empfiehlt, die sich weitgehend mit denen decken, die wir in Berlin seit langem propagieren. Der auf der letzten Sitzung des Länderrats in der amerikanischen Zone gefaßte Beschluß zur Währungsreform liegt auf der gleichen Linie.“ Hervorhebung des Autors.

<sup>69</sup> Vgl. Bruno Gleitze, Wege zur Währungsreform, in: Vorwärts, 7. 6. 1946.

<sup>70</sup> Die Verkündung des Demontagestopps erfolgte durch Clay erstmals am 26. 4. 1946 im Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrats. Zur sowjetischen Reaktion darauf vgl. Jochen Laufer, Die sowjetische Reparationspolitik 1946 und das Problem der alliierten Kooperationsfähigkeit, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente 1945–1989, Bd. 3, Bochum 1995, S. 57f.

<sup>71</sup> Vgl. AVP/RE, 07/11/13/177, Bl. 10–12, Smirnov und Geraščenko an Vyšinskij, 20. 5. 1946.

derartige radikale Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft Deutschlands“ rechtfertige, wie sie die SMAD vorschlage. Die rasche Durchführung der Reformen würde darauf hinauslaufen, die Wirtschaft Deutschlands zu konsolidieren und zu vereinen, ohne die Erfüllung der Beschlüsse der Berliner Konferenz hinsichtlich der ökonomischen Entwaffnung Deutschlands ausreichend gesichert zu haben<sup>72</sup>.

Auf einer Beratung Anfang Juni 1946 in Moskau, an der Vertreter des Finanzministeriums, der Gosbank, des Außenministeriums und der Finanzverwaltung der SMAD (Maletin) teilnahmen, wurde eine direkte Zurückweisung des amerikanischen Vorschlags für unzumutbar befunden. Dies wurde damit begründet, daß nicht nur die Alliierten, sondern auch alle demokratischen Parteien Deutschlands darauf bestünden, eine Währungsreform durchzuführen. Um aber dennoch die von den Amerikanern vorgeschlagene Reform zu verhindern, sollte deren Vorschlag durch Gegenvorschläge blockiert werden. Dazu wurden die Überlegungen vereint, die Sokolovskij, Smirnov, Geraščenko und Zverev zuvor unterbreitet hatten. Zwar sollte einer Währungsreform grundsätzlich zugestimmt werden, deren konkrete Verwirklichung aber von einem zonalen Emissionsrecht und der Vermeidung der Bezeichnung der neuen Währung als „Deutsche Mark“ abhängig gemacht werden. In diesem Sinne entwarf Zverev einen Erlaß an Sokolovskij<sup>73</sup>, der jedoch keine Bestätigung fand. Damit unterblieb auch eine auf die Verzögerung der Währungsreform gerichtete Initiative der UdSSR im Kontrollrat. Statt Kompromißmöglichkeiten in der Währungsfrage auszuloten, forcierten die sowjetischen Stellen mit ihrer Einwilligung, am 30. Juni 1946 in Sachsen einen Volksentscheid über die Enteignung von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern durchzuführen<sup>74</sup>, die Transformation der wirtschaftlichen Verhältnisse in der SBZ.

In die Reihe der Gegner einer Währungsreform reihte sich im Frühsommer 1946 der politische Berater der SMAD, Semenov, ein. Er zeichnete auf der Grundlage einer umfangreichen Ausarbeitung eines Mitarbeiters seiner Verwaltung<sup>75</sup> ein problemloses Bild der finanziellen Lage in der SBZ. Die Notwendigkeit einer Währungsreform fand bei ihm mit keinem Wort Erwähnung<sup>76</sup>. Obwohl sich die Moskauer Führung weder zur Unterstützung noch zur direkten Ablehnung der Vorschläge Sokolovskijs entschließen konnte, fiel im Juni 1946 die Entscheidung, die Emission von Besatzungsgeld durch die UdSSR einzustellen<sup>77</sup>.

<sup>72</sup> Ebenda, Bl. 6–9, Zverev an Molotov, 24. 5. 1946.

<sup>73</sup> Ebenda, Bl. 13f., Zverev an Molotov, 3. 6. 1946. Dort verweist Zverev darauf, daß die von ihm vorgeschlagene Antwort an Sokolovskij das Ergebnis einer Beratung zwischen den genannten Stellen sei. Vgl. dazu auch AVP/RE, 082/30/130/32, Bl. 69–72, Smirnov für Vyšinskij, 7. 6. 1946. Ein Protokoll dieser Besprechung ist bisher nicht auffindbar.

<sup>74</sup> Vgl. dazu Winfried Halder, Der Volksentscheid in Sachsen 1946, in: Jürgen Schneider/Wolfgang Harbrecht (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993), Stuttgart 1996, S. 129–138.

<sup>75</sup> AVP/RE, 07/11/13/177, Bl. 18–30, Tarchov, Zur finanziellen Lage in der SBZ [o. D., vor dem 8. 6. 1946].

<sup>76</sup> Ebenda, Bl. 15–17, Semenov an Vyšinskij, 8. 6. 1946.

<sup>77</sup> Vgl. Anm. 36.

Nach Molotovs Rede „Über das Schicksal Deutschlands und über einen Friedensvertrag mit Deutschland“<sup>78</sup> vom 10. Juli 1946 erhielten auf sowjetischer Seite die Befürworter einer Initiative in der Währungsreformfrage Auftrieb. Dazu trug der immer deutlichere Trend zum Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone ebenso bei<sup>79</sup> wie die vom sowjetischen Außenhandelsministerium ausgehenden Bemühungen um einen sowjetisch-amerikanischen Kompromiß in der Reparationsfrage<sup>80</sup>. Am Montag, dem 22. Juli, kam es zu einer Beratung bei Molotov über die Frage der Finanzreform in Deutschland, an der Außenhandelsminister Mikojan, Finanzminister Zverev, der faktische Verteidigungsminister Bulganin (offiziell nahm diese Funktion Stalin wahr) und der Präsident der Staatsbank der UdSSR, Golev, teilnahmen<sup>81</sup>. Gegenstand der Beratung dürften weniger die von Sokolovskij am 17. Mai unterbreiteten Vorschläge als vielmehr die der sowjetischen Seite inoffiziell zugeleiteten amerikanischen Überlegungen für eine Währungsreform gewesen sein. Letztere, so meinte man, könnten möglicherweise auch ohne sowjetische Beteiligung in den Westzonen verwirklicht werden<sup>82</sup>. Im Anschluß an diese Sitzung unterbreitete Finanzminister Zverev dem sowjetischen Außenminister den Entwurf einer Verordnung des Ministerrats der UdSSR und ein für Stalin bestimmtes Memorandum. Darin wiederholte er den Vorschlag Sokolovskijs vom 17. Mai 1946 in vereinfachter und

<sup>78</sup> Um die Ablehnung des vom amerikanischen Außenministers James Byrnes vorgeschlagenen Vertrags über die Demilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands in eine positive Form zu kleiden, hatte sich Molotov in dieser Rede für die unbeschränkte Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft, die Einheit Deutschlands und dessen Reintegration in die Weltwirtschaft ausgesprochen. Der Text dieser Rede zum Abschluß der Pariser Tagung des Rats der Außenminister wurde sofort in der Presse der UdSSR und der SBZ veröffentlicht. Vgl. Wjatscheslaw M. Molotow, *Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen, April 1945–Juni 1948*, Moskau 1949 [dt.], vollständig veröffentlicht auch bei Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands. Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949. Darstellung und Dokumentation*, Frankfurt a. M./Berlin 1957, S. 381 ff.

<sup>79</sup> Der am 20. 7. 1946 eingebrachte amerikanische Vorschlag für einen (wirtschaftlichen) Zusammenschluß der Zonen außerhalb des Kontrollrats stieß auf verklausulierte sowjetische Ablehnung. Vgl. AVP/RF, 082/30/130/27, Bl. 42f., Notiz Smirnovs für Vyšinskij, 23. 8. 1946.

<sup>80</sup> Sowjetischerseits bestand das Ziel dieses Kompromißversuchs darin, die Reparationen aus der laufenden Produktion, im Gegenzug für sowjetische Zugeständnisse hinsichtlich der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, auf eine gesamtdeutsche Basis zu stellen. Vgl. Lauser, *Die sowjetische Reparationspolitik 1946*, S. 53–75.

<sup>81</sup> AVP/RF, 082/30/130/32, Bl. 172, Beratung bei Molotov zur Finanzreform in Deutschland, 22. 7. 1946. Aufzeichnungen über diese Beratung konnten bisher im AVP nicht gefunden werden.

<sup>82</sup> Darauf bezog sich Zverev in einem Schreiben vom 24. 7. 1946, in: AVP/RF, 7/11/13/178, Bl. 10f.: „Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Alliierten die Reform auch selbständig in ihren Zonen durchführen, halten wir es für notwendig, Genossen Sokolovskij zu beauftragen, sich technisch darauf vorzubereiten (Aussehen und Umfang der neuen Geldzeichen sowie die Fristen ihrer Herstellung zu bestimmen), damit, falls die Alliierten eine selbständige Währungsreform in ihren Zonen durchführen, wir in vollem Maße vorbereitet sind, im selben Augenblick eine Währungsreform in der SBZ durchzuführen.“ Seinen Vorschlägen fügte Zverev den Entwurf einer Verordnung des Ministerrats der UdSSR bei.

präziser Form<sup>83</sup>, ging jetzt jedoch weit darüber hinaus, indem er zum ersten Mal – im Falle einer als wahrscheinlich angenommenen Ablehnung – die beiden grundsätzlichen Alternativen aufzeigte: Entweder sowjetische Zustimmung zu den Vorschlägen der Westmächte auf der Grundlage einer westlichen Garantie für die Erfüllung der sowjetischen Reparationsforderungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar<sup>84</sup> – oder Vorbereitung auf eine eigenständige Währungsreform, falls die Westmächte in ihren Zonen zu einer solchen Reform schreiten sollten<sup>85</sup>.

Diese Vorlage, die neben der vage angedeuteten Kompromißmöglichkeit erstmals eigenständige Maßnahmen für den Fall einer auf die Westzonen beschränkten Währungsreform annahm, gelangte *nicht* zu Stalin. Sie wurde Ende Juli 1946 bei den Deutschland betreffenden Unterlagen des Außenministeriums abgelegt<sup>86</sup>. Statt die darin zumindest in Umrissen aufgezeigte Möglichkeit für gemeinsame Verhandlungen mit den Alliierten zu nutzen, wurde Sokolovskij im Sommer 1946 instruiert, sich technisch auf eine eigenständige Reform vorzubereiten, da man nicht ausschließen könne, daß die Alliierten die Reform in ihren Zonen durchführten<sup>87</sup>. Damit mündete der Vorstoß der SMAD zu einer Initiative für eine gesamtdeutsche Währungsreform noch *vor* der Einbringung des amerikanischen CDG-Plans<sup>88</sup> im Kontrollrat in die Vorbereitung einer eigenständigen Reform in der SBZ.

Die Moskauer Ablehnung einer selbständigen Initiative der SMAD in der Frage der deutschen Währungsreform resultierte zu einem wesentlichen Teil aus ideologischen Vorbehalten. Obwohl es Ansätze zu einer realistischen Problemsicht gab, insbesondere innerhalb der SMAD, blieben die sowjetischen Akteure in ihren Vorstel-

<sup>83</sup> Ebenda, Bl. 12f., Entwurf Zverevs für eine Verordnung des Ministerrats der UdSSR, o. D. [24. 7. 1946]. Zverevs sechs Punkte umfassender Plan sah folgendes vor: 1. Für alle Zonen werden neue einheitliche Geldzeichen herausgegeben, um Reichsmark und Militärmark aus dem Verkehr zu ziehen. 2. Der Umtausch wird im Verhältnis eine neue Mark zu zehn Reichsmark bzw. M-Mark durchgeführt. 3. Dieser Kurs gilt auch für Bankguthaben und Schuldverschreibungen. 4. Die Reform wird auf zentraler Grundlage durchgeführt, d. h. in jeder Zone wird gesondert das neue Geld hergestellt und der jeweilige Zonenoberkommandierende legt die Menge des herauszugebenden Geldes fest. Die Koordination von technischen Fragen bei der Herstellung des Geldes kann auf das Finanzdirektorat des AKR übertragen werden. 5. Das neue Geld wird in jeder Zone als von der entsprechenden zonalen Emissionsbank (im Original gestrichen) als von der deutschen Zentralbank herausgegebenes gekennzeichnet. 6. Die Reform wird 1947 durchgeführt. Einzelheiten regelt der Alliierte Kontrollrat.

<sup>84</sup> Ebenda, Bl. 10f., Entwurf Zverevs für ein Memorandum an Stalin, 24. 7. 1946, hier Bl. 11: „Wenn man bedenkt, daß die Alliierten sich auf diesen Vorschlag nicht einlassen werden, könnte man auf die zentralisierten Prinzipien der Währungsreform unter der Bedingung eingehen, daß die Alliierten einem Plan der Reparationslieferungen Deutschlands an die UdSSR in Höhe von 10 Mrd. Dollar zustimmen und gleichzeitig gesichert wird, daß alle Ausgaben des sowjetischen Oberkommandos in Deutschland durch das neue Geld gedeckt werden.“

<sup>85</sup> Ebenda, Bl. 12f., Entwurf Zverevs für eine Verordnung des Ministerrats der UdSSR, o. D. [24. 7. 1946].

<sup>86</sup> Ebenda, dazu Vermerk Molotovs: „zu den Akten“.

<sup>87</sup> AVP/RF, 082/30/131/33, Bl. 117–120, Martynov: Bericht zur Frage der Durchführung einer Finanzreform in Deutschland, 15. 1. 1947.

<sup>88</sup> Vgl. Anm. 66.



lungen befangen. Zur gleichen Zeit, da die Einbringung eines sowjetischen Währungsreformvorschlags verhindert wurde, wies Molotov auf der Pariser Friedenskonferenz Vorschläge zu einer wirtschaftlichen Öffnung der ehemaligen deutschen Satellitenstaaten zurück. Er offenbarte dabei relevante sowjetische Befürchtungen: „Es ist nicht sonderlich schwer zu begreifen, daß das amerikanische Kapital, wenn man ihm in den durch den Krieg verheerten und geschwächten kleinen Staaten freien Spielraum läßt, wie es die Verfechter des Grundsatzes gleicher Möglichkeiten wollen, die dortige Industrie aufkaufen, die lohnendsten rumänischen, jugoslawischen und sonstigen Betriebe in Besitz nehmen und sich in diesen kleinen Staaten zum Herrn und Meister aufschwingen wird. (. . .) Ist es etwa nicht klar, daß bei einer derartigen Anwendung der ‚Prinzipien der Gleichheit‘ im internationalen Wirtschaftsleben die kleinen Staaten nach der Weisung, nach den Vorschriften, den Befehlen starker ausländischer Truste und Monopole leben würden? *Haben wir etwa dafür gekämpft, als wir die faschistischen Landräuber, die hitlerischen und die japanischen Imperialisten schlugen?*“<sup>89</sup> Obwohl die SBZ in diesem Zusammenhang von Molotov nicht erwähnt wurde, spielten derartige Befürchtungen seit 1946 auch beim Verzicht der UdSSR auf die Initiative für eine einheitliche Währungsreform in Deutschland eine wesentliche Rolle<sup>90</sup>.

*Das sowjetische Taktieren in der Frage einer gesamtdeutschen Währungsreform (August 1946 bis November 1947)*

Die anfängliche Aufgeschlossenheit der SMAD, eine Währungsreform in Deutschland zu initiieren, war im Spätsommer 1946 zwar noch nicht gänzlich verschwunden, verringerte sich aber schrittweise. Als sich die amerikanische Militärregierung Ende August entschloß, ihr Reformvorhaben in den Kontrollrat einzubringen, machte sich die veränderte Haltung der SMAD zunächst in widersprüchlichen Äußerungen bemerkbar: Kuročkin, der sowjetische Vertreter im Koordinierungsausschuß des Kontrollrats, verzichtete bei der offiziellen Vorlage des amerikanischen Reformprojekts am 28. August auf eine Stellungnahme<sup>91</sup>; Sokolovskij versicherte gegenüber der Moskauer Zentrale, er werde einer zentralen deutschen Emissionsbank „kategorisch“ widersprechen, da damit das Ziel verfolgt werde, Reparationen aus der laufenden Produktion zu vermindern und die sowjetischen Ausgaben für die Besatzung stark zu beschneiden<sup>92</sup>; trotzdem bekräftigte Maletin am 7. September 1946 im Finanzdi-

<sup>89</sup> Molotov, Außenpolitik, S. 230, Hervorhebung des Autors.

<sup>90</sup> Vgl. AVP/RE, 082/30/131/33, Bl. 6–8, Zverev an Molotov, 24. 9. 1946. Der amerikanische Plan zielt darauf, die Kriegsfolgen in der deutschen Geld-, Kredit- und Finanzwirtschaft zu beseitigen, ohne daß die Erfüllung der Reparations- und Besatzungskosten Deutschlands daran gekoppelt sei. Falls das Projekt realisiert werde, eröffne sich für die USA die Möglichkeit, Deutschland im amerikanischen Interesse finanziell zu beherrschen.

<sup>91</sup> BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/104-2/7-8, CORC/M(46) 44, Item 484.

<sup>92</sup> Telegramm Spez. Nr. 475–477, Sokolovskij an Molotov (bisher nicht zugänglich), der Inhalt wird im Schreiben Zverevs an Molotov vom 24. 9. 1946 dargelegt, in: AVP/RE, 082/30/131/33, Bl. 6–8.

rektorat, daß es notwendig sei, frühestmöglich eine neue Währung in Deutschland einzuführen<sup>93</sup>. Wenige Tage später stimmte er der Einsetzung eines Expertenkomitees zur Vorbereitung der Währungsreform zu<sup>94</sup>.

In Moskau bezog Finanzminister Zverev bereits im September 1946 klar gegen den amerikanischen Plan Stellung<sup>95</sup>. Dabei blitzten erstmals jene sowjetischen Interessen in der SBZ auf, die anderthalb Jahre später zu einer Verwässerung der ostdeutschen Währungsreform führen sollten. Für das deutsche Geld im Besitz sowjetischer Unternehmen und Einrichtungen in Deutschland sowie der sowjetischen Staatsbank wollte Zverev einen 1:1-Umtausch gesichert sehen<sup>96</sup>. Dennoch konnten sich die Moskauer Stellen auch im September 1946 nicht zu einer offenen Ablehnung des amerikanischen Vorschlags bzw. zur Übermittlung konkreter Gegenvorschläge entschließen. Im selben Monat versuchte die SED-Führung, die Bedeutung der Währungsreform herunterzuspielen; diese sei lediglich eine Teilfrage des Wiederaufbaus, der nicht von der Geldseite, sondern von der Produktionsseite her gelöst werden müsse: „Nur durch eine gesteigerte Produktion, d. h. durch eine Vermehrung der Gütermenge, können die Voraussetzungen für eine gesunde Währung in Deutschland gelegt werden.“<sup>97</sup>

Angesichts des konziliananten Auftretens Maletins im Finanzdirektorat ergab sich auf westlicher Seite die Vermutung, eine rasche Einigung über die wichtigsten Elemente des CDG-Plans sei schnell zu erzielen<sup>98</sup>. Die Briten hatten sogar den Eindruck, die Sowjets würden den amerikanischen Vorschlag unterstützen<sup>99</sup>. Dies traf jedoch nicht zu. In den langwierigen, zwischen September 1946 und November 1947 geführten Verhandlungen konnte, mit Ausnahme der Umstellungsmodalitäten der deutschen Bargeld- und Bankguthaben, „in keinem wesentlichen Punkt Einigung“ erzielt werden<sup>100</sup>. Da alle Beteiligten in den Kontrollratsgremien einer Auseinandersetzung um grundsätzliche Fragen der unterschiedlichen Wirtschaftsverfassungen in den Zonen auswichen, tauchten die damit verbundenen Probleme indirekt in der Auseinandersetzung um Verfahrensfragen und technische Einzelheiten der Währungsreform wieder auf. Vor diesem Hintergrund rückten seit Oktober 1946 die Kontrolle des künftigen Drucks der neuen Banknoten bzw. der Druckort in den Mittelpunkt der Währungsreformdiskussion<sup>101</sup>.

Ende 1946 warnte der Chef der SMAD, es gebe Anzeichen für die Vorbereitung einer selbständigen Währungsreform in den Westzonen<sup>102</sup>. Sokolovskij sah dabei insbe-

<sup>93</sup> BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/111-3/1-13, DFIN/M(46) 26, 7. 9. 1946.

<sup>94</sup> Ebenda, DFIN/M(46) 27-2, 18. 9. 1946.

<sup>95</sup> AVP/RF, 082/30/131/33, Bl. 6-8, Zverev an Molotov, 24. 9. 1946.

<sup>96</sup> Ebenda, Bl. 14-16, Zverev an Molotov, 26. 9. 1946.

<sup>97</sup> Neues Deutschland, 29. 9. 1946, S. 7, ungezeichneter Artikel: „Um die deutsche Währung“.

<sup>98</sup> Buchheim, Währungsreform, S. 204.

<sup>99</sup> Vgl. Turner, Currency Reform, S. 701.

<sup>100</sup> Mai, Kontrollrat, S. 293-295.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 284f.

<sup>102</sup> Tatsächlich erreichten die Chefs der britischen und amerikanischen Militärregierung, Brian Robertson und Lucius D. Clay, am Rande ihrer New Yorker Verhandlungen über die Errichtung

sondere die Gefahr, daß die Militärmark in diesem Zusammenhang ihre Gültigkeit verlieren könnte. Er plädierte für ein partielles Entgegenkommen gegenüber den Westmächten (vierseitige Kontrolle der in Leipzig zu druckenden Geldmenge durch die Alliierten), gleichzeitig aber auch für die Vorbereitung des Drucks von gesondertem Geld für die SBZ<sup>103</sup>. Diese Vorschläge erhielten die Unterstützung des sowjetischen Finanzministers, der sich jedoch gegen eine solche Gleichzeitigkeit wandte und empfahl, mit der Vorbereitung auf eine selbständige Währungsreform in der SBZ so lange zu warten, bis die Alliierten den gesonderten Druck des gesamtdeutschen Gelds unter vierseitiger Kontrolle in Leipzig abgelehnt hätten<sup>104</sup>. In dieser Situation, als sich die sowjetische Führung nicht entschied, handelte die SMAD im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz eigenständig. Ohne den Ausgang der Verhandlungen im Kontrollrat abzuwarten, unterbreitete die SMAD in Moskau Vorschläge zum Druck gesonderter Geldzeichen für die SBZ und drängte, das Papier für den Druck der Wertzeichen herzustellen und über das Äußere des neuen Gelds zu entscheiden<sup>105</sup>.

Maletin stellte seine Bemühungen um die Auslotung der Möglichkeiten für eine Lösung der Währungsfrage mit den übrigen Besatzungsmächten trotzdem nicht ein<sup>106</sup>. Am 21. Januar 1947 leitete der sowjetische Finanzminister den Entwurf einer wahrscheinlich von Maletin erarbeiteten Vorlage an Molotov weiter. Darin wurde darauf verwiesen, daß in den Kontrollratsgremien bereits ein „vorläufiges Übereinkommen“ über technische Fragen der Währungsreform erreicht worden sei; der Angelpunkt der gesamten Reform – das Emissionsverfahren – sei allerdings weiter strittig. Sowjetische Stellen vermuteten, daß die Alliierten mit der angestrebten Bildung eines Alliierten Bankrats und einer Kommission der Deutschen Provinzialbanken das Ziel verfolgten, die sowjetischen Besatzungs- und Reparationskosten zu kontrollieren. Die bloße Abwehr dieser Forderungen, so hatten sie erkannt, werde das Reformvorhaben der Westmächte nicht aus der Welt schaffen. Im Gegenteil, letztere könnten das Fehlen einer alliierten Übereinkunft als Vorwand benutzen, um eine eigenständige Währungsreform in den Westzonen durchzuführen. Darin erblickten sie die Gefahr einer weiteren „wirtschaftlichen Isolation“ der SBZ<sup>107</sup>. Maletin und Zverev beließen es jedoch nicht dabei, diese Gefahr aufzuzeigen. Sie einigten sich

---

der Bizone Anfang Dezember 1946 die Übereinkunft, mit den Vorbereitungen für eine westzonale Währungsreform zu beginnen, falls in Moskau auf der Sitzung des Rats der Außenminister (geplant für März 1947) keine Einigung über eine vierseitige Reform erreicht werde. Vgl. Turner, *Currency Reform*, S. 702.

<sup>103</sup> Telegramm Sokolovskijs an Molotov vom 12. 12. 1946 (bisher nicht zugänglich). Der Inhalt ist dargelegt in: AVP/RF, 082/30/131/33, Bl. 122, Zverev an Malik, 23. 12. 1946.

<sup>104</sup> Ebenda.

<sup>105</sup> Sokolovskij an Molotov, Nr. 213/8 vom 11. 1. 1947 (bisher nicht zugänglich). Der Inhalt ist dargelegt in: A. I. Martynov: Bericht zur Frage der Durchführung einer Finanzreform in Deutschland, in: Ebenda, Bl. 117–120.

<sup>106</sup> Auch Gunther Mai konstatiert für die Währungsverhandlungen zur Jahreswende 1946/47 „Bewegung in den Fronten“. Mai, *Kontrollrat*, S. 286.

<sup>107</sup> AVP/RF, 06/9/48/704, Bl. 7–13, Zverev/Maletin an Molotov, 21. 1. 1947.

auf einen Lösungsvorschlag, der den vom Juli des letzten Jahres weiterentwickelte: „Wir halten es für möglich, der vierseitigen Kontrolle über die Emission und der Schaffung eines gesamtdeutschen Bankmechanismus in Form eines föderalen Bankrats und einer Kommission der deutschen Provinzialbanken beim Kontrollrat unter der Bedingung zuzustimmen, daß von seiten der Alliierten die vollständige Deckung unserer Besatzungs- und Reparationskosten, einschließlich derjenigen für die Reparationen aus laufender Produktion, gesichert wird.“<sup>108</sup>

Damit setzten die sowjetischen Befürworter einer gesamtdeutschen Währungsreform jedoch nicht rückhaltlos auf einen Kompromiß. Vielmehr wurden Alternativen erwogen. Zum einen sollte Sokolovskij, selbst bei Annahme dieses Vorschlags durch die Westmächte, weiterhin auf einem gesonderten Druck des Gelds für die SBZ (unter alliierter Kontrolle) in Leipzig bestehen. Darüber hinaus sollte er – und dies war die Alternative – angewiesen werden, „Vorbereitungen für eine selbständige Reform als Reaktion für einen evtl. westlichen Alleingang zu treffen“. Dabei wurde bereits der Notfall bedacht, der eintreten könnte, falls in den Westzonen eine Reform durchgeführt würde, ehe in der SBZ alle Vorbereitungen für eine eigene Reform abgeschlossen wären. Dafür sollte, unabhängig von den Vorbereitungen ganz neuer Geldzeichen, der Druck von speziellen Aufklebern (Kupony, Markirovki) sofort in Angriff genommen werden<sup>109</sup>.

Trotz dieser Vorschläge blieben grundsätzliche Instruktionen für die SMAD weiterhin aus. Immerhin entschlossen sich die sowjetischen Akteure in Berlin am 19. Februar 1947, nach dem Muster der Landeszentralbanken für die französische und amerikanische Zone in den Ländern der SBZ die Bildung von Emissions- und Girobanken anzuordnen<sup>110</sup>. Josef Deckers wertete diese Neugründungen zwar als „demonstrative“ Bekundung des sowjetischen Interesses „an einer Währungsreform und an der Schaffung einer deutschen Zentralbank“, schloß jedoch nicht aus, daß da-

<sup>108</sup> Ebenda. Der Vorlage für Stalin war der Entwurf einer telegraphischen Weisung an Sokolovskij beigefügt. Für den Kompromißvorschlag (Punkt 4) wurden darin zwei Alternativen entwickelt: „Der Errichtung der vierseitigen Kontrolle über die Emission und der Schaffung eines gesamtdeutschen Bankmechanismus' beim Kontrollrat in Form eines Alliierten Bankrats und einer Kommission der deutschen Provinzialbanken kann man unter der Bedingung zustimmen,“ 1. Variante: „daß seitens der Alliierten die volle Deckung unserer Kosten für Besatzung und Reparationen garantiert wird. Falls die Alliierten dafür Angaben über die Höhe der sowjetischen Ausgaben verlangen sollten, halten wir es für möglich, von den Besatzungskosten des IV. Quartals und Ausgaben für Reparationen in Höhe von . . . [im Orig. offen] pro Jahr auszugehen. Vor Erhalt einer speziellen Anweisung dürfen Sie jedoch keine absolute Ziffer nennen.“ 2. Variante: „daß das Emissionsrecht für die Deckung des Budgetdefizits der einzelnen Länder/Provinzen, unter Ein-schluß der Besatzungs- und Reparationskosten, der Militärregierung der betreffenden Besatzungszone erhalten bleibt. Eine solche Regelung muß bis zur Erreichung eines Übereinkommens über einen (gesamtdeutschen) Reparationsplan und der Schaffung einer gesamtdeutschen Verwaltung gelten.“

<sup>109</sup> Ebenda.

<sup>110</sup> Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 37 vom 19. 2. 1947, abgedruckt in: Gunther Kohlmeier/Charles Dewey, Bankensystem und Geldumlauf in der DDR 1945–1955. Gesetzessammlung und Einführung, Berlin (Ost) 1956, S. 128f.

mit auch eine weitere Zentralisierung des Bankwesens in der SBZ für den Fall vorbereitet wurde, daß eine gesamtdeutsche Regelung nicht zustandekam<sup>111</sup>. Während ein solcher Schritt von der SMAD offensichtlich in eigener Verantwortung eingeleitet werden konnte, ergriff sie in den Verhandlungen mit den Alliierten nicht die Initiative. Kursänderungen der sowjetischen Vertreter lassen sich jedenfalls im Alliierten Kontrollrat nicht nachweisen<sup>112</sup>. Auf der Moskauer Tagung des Rats der Außenminister unterbreitete auch Molotov, entgegen Ankündigungen<sup>113</sup>, keine Vorschläge zur Durchführung der deutschen Währungsreform.

Nach der Moskauer Tagung zeigten sich die Verantwortlichen der SMAD verunsichert. Zwar ließen sie am 23. Mai 1947 in der „Täglichen Rundschau“ eine Meldung der Westpresse energisch dementieren, wonach die Sowjets „die Marktreform“ blockierten<sup>114</sup>, doch bestand intern Klarheit darüber, daß die Finanzhoheit der SMAD in der SBZ bestehen bleiben müsse, solange Reparationslieferungen aus laufender Produktion lediglich aus der SBZ erfolgten und somit einer gesamtdeutschen Finanzverwaltung nur stark eingeschränkte Rechte zukommen könnten<sup>115</sup>, was die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Währungsreform entscheidend einengte. Obwohl sie die vorangegangenen Monate nicht genutzt hatte, eine Einigung über eine gesamtdeutsche Währungsreform zu erleichtern, schickte die SMAD Ende Juli 1947 eine öffentliche Warnung vor einem Alleingang an die Westmächte: Eine separate Währungsreform in den Westzonen werde nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die staatliche Einheit Deutschlands endgültig zerstören<sup>116</sup>.

Nicht nur währungs-, sondern auch deutschland- und außenpolitisch verhärteten sich in diesen Monaten die Fronten des Kalten Kriegs. Dies äußerte sich im Versuch der SMAD, mit Kenntnis des Moskauer Außenministeriums die Teilnahme der ostdeutschen Ministerpräsidenten an der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz zu unterbinden<sup>117</sup>: Wenig später verzichtete die UdSSR – nach anfänglichen Schwankungen – auf eine Beteiligung an dem vom amerikanischen Außenminister, George Marshall, vorgeschlagenen Europäischen Wiederaufbauprogramm (ERP). Und im September 1947 erfolgte schließlich die Bildung des Kommunistischen Informationsbüros, in dem sich aus Moskauer Sicht die Kräfte des „Friedenslagers“ unter sowjeti-

<sup>111</sup> Deckers, *Die Transformation des Bankensystems*, S. 72.

<sup>112</sup> Der Ort, an dem neue Vorschläge dargelegt werden konnten, war der im Januar und Februar 1947 von den verschiedenen Kontrollratsgremien abgefaßte umfangreiche Bericht an die Moskauer Tagung des Rates der Außenministerkonferenz über die seit der Potsdamer Konferenz geleistete Arbeit. Hier begnügte sich die sowjetische Delegation mit einer sachlichen Darlegung und verzichtete auf die Abgabe einer gesonderten Erklärung. Vgl. BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/134-2/10-13, Report to the Council of Foreign Ministers, 5. 3. 1947.

<sup>113</sup> AVP/RE, 082/34/150/40, Bl. 8, Telegramm an Kuročkin, 5. 4. 1947.

<sup>114</sup> Tägliche Rundschau, 23. 5. 1947.

<sup>115</sup> AVP/RE, 0457a/4/19/47, Bl. 68-73, Sitnin an Gribanov, 3. 7. 1947.

<sup>116</sup> Tägliche Rundschau, 23. 7. 1947, S. 3, zit. in: Mai, *Kontrollrat*, S. 291.

<sup>117</sup> Vgl. dazu Jochen Laufer, *Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Geschichte der Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Historische DDR-Forschungen, Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 27-56.

scher Führung sammeln sollten, um dem „imperialistischen“ Lager unter Führung der USA entgegenzutreten. Damit verringerten sich auch die Chancen, eine gesamtdeutsche Währungsreform zu erreichen.

*Die Vorbereitung einer selbständigen Währungsreform (November 1947 bis Juni 1948)*

Im Herbst 1947 verdichteten sich bei der SMAD Informationen über die Vorbereitungen für eine selbständige Währungsreform in den Westzonen<sup>118</sup>. Eine Woche vor Beginn der Londoner Tagung des Rats der Außenminister (25. 11.–15. 12. 1947) unterbreitete Sokolovskij gemeinsam mit seinem Politischen Berater, Semenov, in Moskau den Entwurf einer Verordnung des Ministerrats der UdSSR für den Druck neuen Gelds für die SBZ. Der Umstand, daß Sokolovskij und Semenov erstmals gemeinsam einen Vorschlag in der Währungsfrage machten, signalisierte eine neue Qualität. Das bereits im Vorfeld mit dem sowjetischen Finanzministerium abgestimmte Papier beinhaltete die rückwirkende Ermächtigung der SMAD zu den von ihr bereits ergriffenen Maßnahmen zur Vorbereitung einer Währungsreform in der SBZ. Darüber hinaus sollte der Staatsmünze der UdSSR die Herstellung 400 000 neuer Geldzeichen im Werte von 5 Mrd. Mark für die SBZ übertragen werden<sup>119</sup>.

Diese Forderungen basierten auf der spätestens Anfang November 1947 in der SMAD vorherrschenden Ansicht, daß die Währungsverhandlungen im Kontrollrat gescheitert und die Westmächte zur Durchführung einer selbständigen Währungsreform in den Westzonen entschlossen seien. Bereits am 14. November ließen sie in der „Täglichen Rundschau“ verlauten: „Die Amerikaner [...] verhindern mit allen Mitteln die wirtschaftliche Einheit Deutschlands. Deshalb werden bisher keine Vorbereitungen zur Finanzreform in Deutschland getroffen; [...] bei der Durchführung ihrer Aufteilungspolitik versuchen die Amerikaner, die öffentliche Meinung irrezuführen, sich selbst zu rechtfertigen und die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben. Es liegt klar auf der Hand, daß die Politik der USA und Englands zur Zersplitterung Deutschlands mit eiserner Logik zu separaten Maßnahmen auch auf dem Gebiet der Finanzpolitik führt.“<sup>120</sup>

<sup>118</sup> AVP/RE, 082/34/150/40, Bl. 29 f., Gribanov an Orlov, 13. 9. 1947. Darin informiert Gribanov detailliert über ein im Besitz der SMAD befindliches Projekt zur Währungsreform in der angloamerikanischen Zone, das von der Abteilung Handel und Kommerz von OMGUS erstellt, auf den 10. 6. 1947 datiert sei und die Unterschrift von E. Taylor Ostrander, dem Chef der amerikanischen Preiskontrollkommission, trage. Zu Ostrander, der Anfang 1948 zu den entschiedenen amerikanischen Befürwortern eines Bruchs mit der UdSSR in der Währungsfrage gehörte, vgl. Mai, Kontrollrat, S. 301.

<sup>119</sup> AVP/RE, 082/34/150/40, Bl. 31–33, Semenov/Sokolovskij an Molotov, 16. 11. 1947. Informationen über die finanztechnische Vorbereitung der UdSSR auf eine selbständige Währungsreform waren erst Anfang März 1948 auf amerikanischer Seite vorhanden. Vgl. Mai, Kontrollrat, S. 291, Anm. 131.

<sup>120</sup> Tägliche Rundschau, 14. 11. 1947, S. 1f.: „Die Finanzreform und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands“. Am 9. 12. 1947 bemerkte die „Tägliche Rundschau“ zu einer am Vortage veröffentlichten Meldung des USA-Schatzamtes, wonach eine separate Währungsreform für die besetzten Gebiete Deutschlands und Koreas beabsichtigt sei: „Nach dieser Mitteilung wird es klar, wer dafür verantwortlich zu machen ist, daß eine Einigung in der Währungsfrage nicht möglich war.“

Die erste von der SMAD gewünschte Entscheidung der sowjetischen Regierung zur Vorbereitung der Währungsreform in der SBZ fiel noch vor dem Abbruch der Londoner Konferenz am 10. Dezember 1947. An diesem Tag bestätigte der Ministerrat der UdSSR eine Verordnung, die die sowjetische Staatsmünze beauftragte, 400 000 neue Geldscheine im Werte von 5 Mrd. Mark für die SBZ herzustellen<sup>121</sup> und die Bildung einer Deutschen Emissionsbank für die SBZ anordnete<sup>122</sup>. Auch danach blieb die Initiative auf sowjetischer Seite – immer in Erwartung entsprechender Schritte der Westmächte – bei der SMAD.

Am 23. Dezember 1947 schickte Sokolovskij, auf der Grundlage vorangegangener Weisungen Molotovs, die Entwürfe einer Verordnung des Ministerrats der UdSSR und einer Durchführungsverordnung für die Währungsreform an das sowjetische Außenministerium. Letztere bildete sechs Monate später die Grundlage für die Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) über die Währungsreform in der SBZ<sup>123</sup>. Den Entwürfen beigelegt war eine siebenseitige, als „streng geheim“ klassifizierte Denkschrift, in der der Chef der SMAD das Szenario der Reform entwickelte. Ihr erklärtes Ziel bestand darin, die Desorganisation des Geldverkehrs in der SBZ zu verhindern, falls in den Westzonen eine Währungsreform durchgeführt werden sollte. Dies wollte man durch eine sofortige Geldumstellung in der SBZ, unmittelbar nach Ankündigung diesbezüglicher Maßnahmen seitens der Westmächte, erreichen. Erneut waren also Maßnahmen, um deren Sanktion Sokolovskij nun nachsuchte, von der SMAD bereits durchgeführt worden. Die Kupons, die im Falle der nicht rechtzeitigen Fertigstellung der neuen Geldzeichen (wovon im weiteren ausgegangen wurde) auf die alten Reichsmarknoten geklebt werden sollten, waren schon fertig<sup>124</sup>. Sie sollten später, in einer zweiten Reformstufe, gegen das neue Geld einge-

<sup>121</sup> Die Verordnung mit dem Titel „Über neue Wertzeichen für die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland“ ist bisher nicht zugänglich. Sie wird erwähnt bei M. M. Narinskij, *Berlinskij Krizis 1948–49 gg. Novye Dokumenty iz Rossijskich Archivov* [Die Berlin Krise 1948–49. Neue Dokumente aus russischen Archiven], in: *Novaja i novaja i novajšaja istorija*, Heft 3 (1995), S. 16–29. Sie ist wahrscheinlich identisch mit der Verordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 3983–1357ss vom 10. 12. 1947, erwähnt in: AVP/RF, 07/21ž/44/8. Bl. 1–7, Sokolovskij an Molotov, 23. 12. 1947.

<sup>122</sup> Ende 1947 beauftragte die SMAD die Deutsche Zentralfinanzverwaltung mit der Ausarbeitung eines Organisationsentwurfs für eine Zonen-Emissionsbank, den diese am 7. 1. 1948 dem SMAD-Vertreter Sitnin vorlegte. Vgl. Mai, *Alliiertter Kontrollrat*, S. 295. Die tatsächliche Bildung der „Deutschen Emissions- und Girobank“ für die SBZ erfolgte jedoch erst auf Befehl Nr. 94 der SMAD vom 21. 5. 1948. Vgl. Frank Zschaler, *Von der Emissions- und Girobank zur deutschen Notenbank. Zu den Umständen der Gründung einer Staatsbank für Ostdeutschland*, in: *Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift für Bankgeschichte* 18 (1992), Heft 2, S. 59 ff.

<sup>123</sup> Diese Verordnung ist abgedruckt in: Kohlmeier/Dewey, *Bankensystem*, S. 201–209.

<sup>124</sup> Den Umstand, daß bei der Geldumstellung in der SBZ die alten Geldscheine zunächst mit Kupons überklebt wurden, benutzte die SED bereits 1948 und in ihrem Gefolge spätere DDR-Autoren als „Beweis“, „daß es Vorbereitungen seitens der Sowjetunion zu einer separaten Währungsreform für die sowjetische Zone nicht gegeben hat“. Vgl. Gebhardt/Kolloch, *Währungsreform*, S. 1191. Vgl. auch die Erklärung des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED vom 22. 6. 1948, wo behauptet wurde, „daß von den verantwortlichen Stellen keinerlei technische Vorberei-

tauscht werden. Wie seit 1946 vorgesehen, sollte die Währungsumstellung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Preis- und Lohnniveaus zum Kurs 10:1 erfolgen<sup>125</sup>.

Als die USA am 20. Januar 1948 einen neuen Vorschlag für die Durchführung der Währungsreform auf gesamtdeutscher Ebene im Kontrollrat einbrachten, der den zentralisierten Druck des Gelds in Berlin, aber dessen Verteilung durch eine Viermächtekommission vorsah<sup>126</sup>, sah Sokolovskij darin einen Versuch der Amerikaner, eine offene sowjetische Ablehnung zu provozieren und damit einen Vorwand für die Durchführung der Reform in den Westzonen zu schaffen<sup>127</sup>. Er schlug seinen Vorgesetzten in Moskau vor, die sowjetische Zustimmung nicht vom selbständigen Druck des Gelds, sondern von der Organisation der deutschen zentralen Finanzverwaltung und einer deutschen Emissionsbank sowie von der Gewährung von Privilegien für bestimmte Bevölkerungsgruppen abhängig zu machen<sup>128</sup>. Dem stimmte das sowjetische Finanzministerium zwar zu, warnte jedoch, die Deckung der Kosten für Besatzung und Reparationen, d. h. den selbständigen Druck des Gelds für die SBZ, nicht aus den Augen zu verlieren<sup>129</sup>.

Am 30. Januar 1948 verfuhr Sokolovskij im Kontrollrat so, wie er es selbst vorgeschlagen hatte, und ging sogar noch einen Schritt weiter. Er verband die Zustimmung zum alleinigen Druck von neuen Banknoten in der Staatsdruckerei in Berlin unter Viermächtekontrolle mit der Forderung nach Bildung einer gesamtdeutschen Finanzverwaltung, von der er sicher sein konnte, daß sie auf französische Ablehnung stoßen würde, und forderte ein Verbot für selbständige Währungsreformen in den einzelnen Zonen<sup>130</sup>. Auf der nächsten Sitzung unternahm er einen – soweit bisher feststellbar – mit der Moskauer Zentrale nicht abgestimmten Vorstoß. Er schlug vor, das Finanzdirektorat zu beauftragen, innerhalb von 60 Tagen einen gemeinsamen Plan für eine

tungen zu einer Währungsreform getroffen“ worden seien, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band II: Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstands, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Berlin 1952, S. 16.

<sup>125</sup> AVP/RF, 07/21Ž/44/8, Bl. 1–7, Sokolovskij an Molotov, 23. 12. 1947. Bezieht sich auf eine bisher nicht zugängliche Weisung Molotovs.

<sup>126</sup> Buchheim, Währungsreform, S. 208.

<sup>127</sup> Bereits am 15. 1. 1948 hatte C. A. Gutson, der in der Bank of England für den „German desk“ verantwortlich war und das Bankenreferat in der britischen Militärregierung leitete, versichert, die Experten der britischen Regierung gingen davon aus, daß eine gesamtdeutsche Währungsreform nicht praktikabel sei: „Die Frage ist, wie wir es schaffen, sie den Russen so anzubieten, daß sie sie ablehnen, ohne uns ins Unrecht zu setzen.“ Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die Deutsche Bank vom Zweiten Weltkrieg über die Besatzungsherrschaft zur Rekonstruktion 1945–1957, in: Lothar Gall u. a., Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 490.

<sup>128</sup> Telegramm Nr. 622/3, Sokolovskij/Semenov an Molotov, 27. 1. 1948 (bisher nicht zugänglich). Der Inhalt ist dargelegt in: AVP/RF, 06/10/42/561, Bl. 47f., Zverev an Molotov, 1. 2. 1948. Vgl. auch Mai, Alliiertes Kontrollrat, S. 300: „Sokolovskij durchschaute Clays Versuch, die Sowjetunion ‚an die Wand zu drücken‘.“

<sup>129</sup> AVP/RF, 06/10/42/561, Bl. 47f., Zverev an Molotov, 1. 2. 1948.

<sup>130</sup> BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/108-3/5, CONL/M(48) 2. Über die Forderungen Sokolovskijs im Kontrollrat berichtete das Neue Deutschland zunächst nicht, obwohl es relativ ausführlich über die Verhandlungen informierte. Vgl. Neues Deutschland, 1. 2. 1948, S. 1.



einheitliche Währungsreform in Deutschland auszuarbeiten, und fand damit die Zustimmung seiner westlichen Kollegen<sup>131</sup>. Tatsächlich wurden in diesem Gremium intensive Beratungen aufgenommen, die bis zum 17. März fortgeführt wurden. Die SMAD zeigte sich dabei für die Westmächte überraschend kompromißbereit. Sie ließ ihre Forderung nach Leipzig als zweitem Druckort für die neue Währung fallen und verzichtete danach auf die zuvor geforderte Einrichtung einer deutschen zentralen Finanzverwaltung sowie einer Zentralbank als Voraussetzungen für eine Währungsreform. Dies führte zu erheblicher Nervosität auf amerikanischer Seite<sup>132</sup>.

In diesen Wochen, da die formelle und endgültige Entscheidung für eine ostdeutsche Währungsreform noch nicht gefallen war, betrieben die Verantwortlichen in der SMAD ein Doppelspiel, das darauf gerichtet war, die günstigste Ausgangsposition für eine Währungsreform in der eigenen Zone zu erlangen und (ebenso wie ihre westlichen Kollegen) die Verantwortung für das antizipierte Scheitern der Kontrollratsverhandlungen der anderen Seite anlasten zu können. Während sich die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat kompromißbereit zeigten, setzte der Chef der SMAD-Finanzverwaltung, Maletin, in Berlin die Vorbereitung der Währungsreform in der SBZ fort und beteiligte sich in Moskau an der Ausarbeitung der notwendigen Verordnungen. Am 5. März 1948 meldete er den Abschluß der Vorbereitungen zum Geldumtausch in der SBZ. Offen blieb lediglich die Bestätigung des Organisationsplans für die Durchführung der Währungsreform. Darüber hinaus empfahl Maletin Maßnahmen einzuleiten, um die Bevölkerung der SBZ von der Notwendigkeit einer Währungsreform zu überzeugen, wozu auch deutsche Spezialisten herangezogen werden sollten. Um die Stabilität der neuen Währung nach der Reform zu gewährleisten, schlug der sowjetische Finanzfachmann flankierende Maßnahmen vor: Erhöhung der Preise für eine Reihe von Waren; Angleichung der Gehälter für einzelne Berufsgruppen; Erhöhung der Warenbestände für die deutsche Bevölkerung und Kampf gegen den Schwarzmarkt. Um den Umlauf der neuen SBZ-Geldzeichen auch in Berlin durchzusetzen, mahnte Maletin die Erörterung der dafür notwendigen Maßnahmen an. Er selbst nannte in diesem Zusammenhang die Verstärkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Berlins von der SBZ sowie die Einrichtung von Valutakontrollen an der Grenze zu den Westzonen<sup>133</sup>.

Die von Sokolovskij am 23. Dezember 1947 nach Moskau geschickten Papiere wurden dort lange bearbeitet. Dieser Vorgang markiert gleichzeitig den Entscheidungsprozeß, in dem sich folgende Phasen bestimmen lassen:

1. Ausarbeitung, Bestätigung und Vorlage der Entwürfe der beiden Dokumente durch den Chef der SMAD, Dezember 1947.

<sup>131</sup> BA Koblenz, Z 45 F/OMGUS, 2/108-3/5, CONL/M(48) 3.

<sup>132</sup> In einem „eyes only“ Bericht konstatierte Clay am 12. 2. 1948: „Yesterday Soviets agreed to printing of new currency in Berlin under quadripartite control and that establishment of central finance administration was not a condition to currency reform. We had to accept this proposal or else be forced into position before German people of making the next step toward partition without specific cause.“ Zit. in: Backer, *Decision*, S. 132.

<sup>133</sup> AVP/RF, 0457a/5/30/12, Bl. 17–19, Maletin an Sokolovskij, 5. 3. 1948.

2. Einsetzung einer interministeriellen Kommission unter Leitung von Zverev am 20. Januar 1948 bis zur Vorlage der von der Kommission überarbeiteten Dokumente am 7. Februar 1948<sup>134</sup>.
3. Einsetzung einer weiteren Fachkommission unter Leitung von G. Kosjačenko Anfang April 1948 bis zur erneuten Vorlage der überarbeiteten Dokumente am 17. April<sup>135</sup>.
4. Einsetzung einer Regierungskommission unter Leitung von Molotov am 24. April 1948 bis zur Vorlage der Dokumente an das Politbüro des ZK der VKP(b), d. h. Stalin, am 14. Mai 1948<sup>136</sup>.
5. Beschluß des Ministerrats der UdSSR am 18. Mai 1948 nach Bestätigung der Vorlage durch Stalin<sup>137</sup>.

Dabei ging es nicht um die Entscheidung zwischen einer gesamtdeutschen oder einer ostzonalen Währungsreform, sondern lediglich um die Feinabstimmung der Modalitäten für die Reform in Ostdeutschland. Die Alternative, durch einen Kompromiß mit den Westmächten eine „separate“ Reform in den Westzonen zu verhindern und damit den Weg zu einer gesamtdeutschen Reform frei zu machen, wurde nicht mehr erwogen. Die Kernpunkte der beabsichtigten Geldumstellung in der SBZ nach Bekanntgabe der Währungsreform in den Westzonen blieben erhalten. Änderungen betrafen: die Einbeziehung Berlins in die Währungsreform der SBZ; die Organisation der Deutschen Emissionsbank; Sonderumtauschbedingungen für sowjetische Personen und Institutionen in der SBZ.

Die Einbeziehung Westberlins war der brisanteste Teil des Reformvorhabens. Von Anfang an wurde dabei mit „Widerstand“ der Westmächte gerechnet. Dafür wurden bereits im Dezember 1947 vier Gegenmaßnahmen bestimmt: a) Verbot der Geldeinfuhr aus den Westzonen, b) Zollerhebung auf Waren aus den Westzonen, c) Bezahlung von Energie und anderen kommunalen Leistungen in Westberlin durch die Deutschen und Alliierten nur in Mark der SBZ, und d) Erhebung der Eisenbahntarife im Personen- und Güterverkehr Westberlins in SBZ-Mark. Bis Mai 1948 wurde in Moskau an diesen Gegenmaßnahmen gefeilt und sowohl deeskalierende als auch eskalierende Präzisierungen vorgenommen. So wurde in der Fassung vom April die

<sup>134</sup> AVP/RF, 07/212/44/8, Bl. 42–65, Bericht vom 7. 2. 1948. Der durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR vom 20. 1. 1948 gebildeten Kommission gehörten der stellvertretende Außenminister A. J. Vyšinskij, der Chef der rückwärtigen Dienste der Roten Armee A. V. Chrulev, der stellvertretende Außenhandelsminister A. D. Krutikov, der SMAD-Finanzchef Maletin und der Stellvertreter des Präsidenten der Staatsbank der UdSSR N. Čečulin, an.

<sup>135</sup> Ebenda, Bl. 115–126, Bericht der Fachkommission vom 17. 4. 1948. Ihr gehörten Krutikov, Maletin und I. Zlobin (der sich bisher ebensowenig identifizieren läßt wie der Kommissionsvorsitzende) an.

<sup>136</sup> AVP/RF, 06/10/42/560, Bl. 2, Molotov an Stalin, 14. 5. 1948. Der durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR vom 24. 4. gebildeten Kommission gehörten der Außenhandelsminister Mikojan, der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Kosygin, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der UdSSR Voznesenskij, Zverev, Vyšinskij, der Politische Berater der SMAD Semenov, Maletin, G. Kosjačenko, Krutikov und Chrulev an.

<sup>137</sup> Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, Fond 3, Opis 64, Delo 789, Bl. 33–35. Diese Verordnung ist bisher nicht zugänglich. Sie wird zitiert bei Narinskij, *Berlinskij Krizis*, S. 23.

Versorgung der Alliierten bei den unter b) vorgesehenen Maßnahmen ausgenommen, einen Monat später dagegen die „Nichtzulassung“ der Westzonenwährung in der SBZ und Berlin ausdrücklich stipuliert.

Auch an der Durchführungsverordnung wurde in Moskau fünf Monate lang redigiert. Tendenziell wurden dabei die Umtauschbedingungen zu Lasten der Besitzenden verschärft und die nichtvermögende Bevölkerung und Kleinsparer besser gestellt. So wurde die Überprüfungsgrenze für Vermögen von 10 000 RM pro Kopf auf 5000 RM pro Familie herabgesetzt, während die Grenze für den 1:1 Umtausch von Bargeld von 35 auf 100 RM angehoben wurde. Die ursprünglich föderale Komponente (Beteiligung der Emissionsbanken der Länder) wurde zugunsten einer zentralistischen Durchführung der Währungsreform zurückgenommen (alleinige Verantwortung bei der Deutschen Zentralfinanzverwaltung). Die bis dahin gesperrten Guthaben aus der Zeit vor der Kapitulation sollten nach ihrer neunzigprozentigen Abwertung für 10 Jahre bei einer zweiprozentigen Verzinsung festgelegt werden. Sämtliche Schuldverpflichtungen, einschließlich der öffentlichen Schulden aus den Jahren vor 1945, sollten bis zu einer späteren Regelung unverändert bestehen bleiben. Verschärft wurden ebenfalls die Sanktionen für „falsche Angaben bei der Durchführung der Geldreform“. Zu der ursprünglich vorgesehenen Geldstrafe (5000 bis 50 000 neue Mark) kam eine angedrohte Haftstrafe von bis zu 5 Jahren. Diese Bestimmungen waren noch vorläufig und wurden nach Bekanntwerden der westdeutschen Reformbestimmungen in der schließlich für die SBZ erlassenen Verordnung modifiziert. Dennoch, in ihrer Grundtendenz zeigten sie Ähnlichkeiten mit der einige Monate zuvor in der UdSSR durchgeführten Geldumstellung<sup>138</sup> und waren insofern ein Ausdruck der Sowjetisierung des Finanzwesens in Ostdeutschland. Eben diesen Effekt der Währungsreform unterstrich der Kommentar, den die Moskauer „Pravda“ unmittelbar nach Ankündigung der ostdeutschen Währungsreform veröffentlichte: „Im Unterschied zur separaten Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die im Interesse fremdländischer und deutscher Monopole durchgeführt wird, werden bei der Währungsreform in der SBZ die Interessen der werktätigen Teile des Volks, Prinzipien der Gerechtigkeit und die notwendige schnellstmögliche Wiederaufrichtung und Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft berücksichtigt. Die Währungsreform in der SBZ wird die im Umlauf befindliche Geldmenge einschneidend verringern und sie in Einklang mit den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung bringen. Im Zusammenhang damit muß sie so durchgeführt werden, daß auf seiten der werktätigen Bevölkerung der geringstmögliche Schaden entsteht. Der Hauptteil des Schadens, der bei der Durchführung einer Währungsreform unvermeidlich ist, soll zu Lasten der Personen gehen, die vom

<sup>138</sup> Vgl. V. P. D'jačenko, *Istorija Financov SSSR (1917–1950)*, Moskau 1978 [Geschichte der Finanzen der UdSSR, 1917–1950], S. 433–445. Die Geldreform wurde in der UdSSR auf der Grundlage des gemeinsamen Beschlusses des Ministerrats der UdSSR und des Zentralkomitees der VKP(b) vom 14. 12. 1947 durchgeführt. Die Verordnung ist im russischen Original abgedruckt in: *Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym Voprosam*, tom 3, 1941–1952 gody, Moskau 1968 [Beschlüsse von Partei und Regierung zu wirtschaftlichen Fragen, Bd. 3, 1941–1952], S. 460–467.

Krieg, der Spekulation und ungesetzlichen Operationen auf dem Schwarzen Markt profitierten. Die Währungsreform muß breite Möglichkeiten für die weitere Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft schaffen, vor allem auf der Grundlage der Festigung des volkseigenen Sektors, der werktätigen Bauernwirtschaften, aber auch indem sie die private Unternehmerinitiative nutzt, soweit sie der Friedenswirtschaft dient.“<sup>139</sup>

Anfang Mai legten die auf sowjetischer Seite mit der Vorbereitung der ostdeutschen Währungsreform Beauftragten detaillierte Angaben über die geplante Umstellung der laufenden Konten öffentlicher und privater Einrichtungen vor, darunter auch diejenigen sowjetischer Organisationen.

*Tabelle 3: Geplante Umstellung öffentlicher und privater Kontokorrentkonten<sup>140</sup> (Angaben in Mill. RM/DM-Ost)*

deutsche Einrichtungen	vor	nach	Umstellungskurs
	der Umstellung		
Wirtschaft, davon	3 600	1 197	3:1
Volkseigene Betriebe	(650)	(650)	1:1
private Betriebe (Umlauf für 2 Wochen)	(220)	(220)	1:1
Handelsorganisationen (Löhne für eine Woche)	(60)	(60)	1:1
verbleibende Mittel	(2 670)	(267)	10:1
Versicherungen	480	96	5:1
Sozialversicherungen	1 190	220	5:1
physische Personen	1 500	150	10:1
Organisationen	2 535	253	10:1
Budgetorganisationen, davon verbleibende Budgetmittel	4 347	4 347	1:1
der Länder der SBZ	(767)	(767)	1:1
Groß-Berlins	(880)	(880)	1:1
der Zentralverwaltungen	(700)	(700)	1:1
Reserve der DWK	(2 000)	(2 000)	1:1
<i>deutsche Einrichtungen, insgesamt</i>	<i>13 652</i>	<i>6 263</i>	<i>2,2:1</i>
sowjetische Einrichtungen			
Gosbank	1 518,4	1 518,4	1:1
Finanzministerium	1 799,0	179,9	10:1
SAG	221,0	221,0	1:1
andere Sowjetische Wirtschaftsorganisationen (Sovexportfilm, Aeroflot, Mežkniga u. a.)	84,0	84,0	1:1
<i>sowjetische Einrichtungen, insgesamt</i>	<i>3 622,4</i>	<i>2 003,3</i>	<i>1,8:1</i>

<sup>139</sup> Pravda, 24. 6. 1948, zit. in: Sitnin, Financy, S. 36.

<sup>140</sup> Zusammengestellt nach den von Kosjačenko, Maletin, Zlobin, Čečulin und Fokin an Molotov, Voznesenskij, Mikojan und Kosygin übermittelten Memoranden zur Vorbereitung der Währungsreform, in: AVP/RF, 07/21ž/44/8, Bl. 66–78. Vgl. zu der letztendlich vorgenommenen Umstellung der laufenden Konten sowjetischer Einrichtungen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen Rainer Karlsch, Die Garantie- und Kreditbank AG – Hausbank der Besatzungsmacht in der SBZ/DDR von 1946–1956, in: Bankhistorisches Archiv, Zeitschrift zur Bankengeschichte 18 (1992), Heft 2, S. 69–90.

Die neuen Geldzeichen für die SBZ konnten aufgrund technischer Schwierigkeiten nicht termingerecht vorbereitet werden. Am 7. Mai 1948 – der Druck der neuen Geldscheine hatte noch nicht begonnen – wurde ihre Fertigstellung durch den Ministerrat der UdSSR vom 1. Juli auf den 28. August 1948 hinausgeschoben<sup>141</sup>. Dennoch wurde seit der Mitte dieses Monats eine sowjetische Erklärung zu der erwarteten „separaten“ Währungsreform in den Westzonen vorbereitet, die insbesondere das Verbot der Zirkulation des neuen Westzonengelds in der SBZ verkünden sollte<sup>142</sup>.

Die ursprüngliche Nichteinbeziehung der Westsektoren Berlins in die geplante Währungsreform in Westdeutschland bot dem „Neuen Deutschland“ Anlaß zu triumphieren: „Die Westmächte verzichten auf Berlin“<sup>143</sup>. Eine Woche später dachte Hermann Matern im selben Blatt öffentlich über die Einbeziehung ganz Berlins in die SBZ nach. Die Währungsreform bildete für ihn lediglich einen Anstoß dazu<sup>144</sup>. Als die Westmächte am 17. Juni 1948 die Währungsreform in den Westzonen für den 20. Juni ankündigten, hatte die SMAD zwar eine Erklärung zur Hand, nicht aber neues Geld für die SBZ<sup>145</sup>. Wie bereits Zeitgenossen (rückblickend) zutreffend vermuteten, war dieser Umstand jedoch durchaus einkalkuliert<sup>146</sup>. Um die Bevölkerung und die Öffentlichkeit in und außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone davon zu überzeugen, daß man selbst ganz unvorbereitet war, erfolgte der Umtausch des Bargeldes in der SBZ auf „spektakuläre“ Weise zunächst in mit „Spezialkupons“ überklebten alten Reichsbanknoten. Damit ließ sich die Währungsreform propagandistisch instrumentalisieren: Während SMAD und SED vorgaben, nationale Interessen zu verfolgen, wollte man der Bevölkerung im östlichen Teil Deutschlands glaubhaft versichern, die Westmächte und ihre westdeutschen „Helfershelfer“ vollendeten mit der selbständigen Währungsreform in den Westzonen die „Spaltung“ Deutschlands<sup>147</sup>. Um dies zu unterstreichen, beteuerte Sokolovskij wider besseres Wissen: „Eine einheitliche ge-

<sup>141</sup> Vgl. Narinskij, *Berlinskij Krizis*, S. 19, sowie AVP/RF, 06/10/41/559, Bl. 2, Kosygin an Molotov, 25. 6. 1948.

<sup>142</sup> AVP/RF, 0457a/5/30/12, Bl. 77, Maletin an Semenov, 20. 5. 1948.

<sup>143</sup> *Neues Deutschland*, 3. 6. 1948. Diese Meldung bezog sich auf einen in der „Westausgabe“ des *Neuen Deutschlands* am gleichen Tage veröffentlichten „detaillierten Plan zur Durchführung der Währungsreform in den Westzonen“.

<sup>144</sup> *Neues Deutschland*, 11. 6. 1948, S. 1: Interview mit Hermann Matern: „Es ist selbstverständlich, daß die sowjetische Besatzungsmacht und die Ostzone Berlin im Juni 1948 genau so wenig im Stich lassen werden wie im Mai 1945. Die Ostzone muß sich selbstverständlich bei der Durchführung einer separaten Währungsreform im Westen durch entsprechende währungspolitische Maßnahmen schützen. Da Berlin in der Ostzone liegt, gibt es nur einen Weg, der erfolgversprechend und gangbar ist, das ist der währungspolitische Anschluß an die Ostzone.“

<sup>145</sup> AVP/RF, 06/10/41/559, Bl. 2, Kosygin an Molotov, 25. 6. 1948. Danach waren bis zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Drittel der neuen Geldzeichen für die SBZ hergestellt. Auf Weisung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR ergriff das Finanzministerium erst jetzt Maßnahmen zur Beschleunigung.

<sup>146</sup> Vgl. Frenzel, *Rote Mark*, S. 36.

<sup>147</sup> Vgl. *Neues Deutschland*, 19. 6. 1948, S. 1: „Westmächte vollenden Spaltung Deutschlands“.

samtdeutsche Währungsreform auf der Grundlage eines Viermächteabkommens war eine durchaus *mögliche* und notwendige Angelegenheit.“<sup>148</sup>

\*

Auch in der SBZ wurde die Behandlung der deutschen Währung in den ersten Nachkriegsjahren zu einer Nagelprobe für die Politik der Besatzungsmacht, die deren Grundinteressen klar hervortreten ließ: Hier finden sich keine Indizien für die tatsächliche (im Unterschied zur propagandistischen) Verfolgung gesamtdeutscher Zielsetzungen durch die UdSSR. Für diese stand vielmehr die Sicherung ihrer Position in der SBZ im Mittelpunkt. Daraus erklärt sich auch die Schlüsselrolle, die der Chef der SMAD und seine Mitarbeiter in den Währungsauseinandersetzungen spielten. Eben weil sie besser als die Moskauer Führung die Gefährdung der eigenen Position erkannten, übernahmen sie auf der sowjetischen Seite die Initiative und entwickelten dabei ein hohes Maß an Eigenständigkeit<sup>149</sup>. Wichtige Währungsangelegenheiten, wie im März 1946 die Teilfreigabe der gesperrten (Alt-)Konten<sup>150</sup> oder die Errichtung der Emissions- und Girobanken im Februar 1947<sup>151</sup>, wurden (soweit bisher feststellbar) ohne formelle Moskauer Bestätigung durch die SMAD selbst geregelt; für grundlegende Entscheidungen der Moskauer Führung wurden die Vorlagen in den Verwaltungen der SMAD ausgearbeitet. Diese relative Eigenständigkeit fand ihre Grenze erst in den offiziellen Verhandlungen mit den Alliierten, hier konnten die sowjetischen Vertreter ohne Direktive aus Moskau nichts unternehmen.

Die Entscheidung der UdSSR für eine selbständige Reform in der SBZ erfolgte nicht unter Gesichtspunkten wirtschaftlicher Rationalität. Vom Standpunkt der ostdeutschen Wirtschaft und Wirtschaftsplanung sprach viel für die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Währung in Ost- und Westdeutschland. Doch entschieden wurde unter dem Primat der Politik. Die Geldumstellung in Ostdeutschland wurde zwar unmittelbar durch die westdeutsche Währungsreform veranlaßt, langfristig jedoch *nicht* durch diese verursacht. Vielmehr ging der Entscheidung für eine selbständige Reform in der SBZ die Entscheidung gegen eine Beteiligung an einer gesamtdeutschen Reform voraus. Eine Vorentscheidung dafür fiel bereits im Frühjahr 1946, als die Vorschläge Žukovs und Sokolovskijs in Moskau keine Bestätigung fanden. Dieser Trend gegen eine gesamtdeutsche Währungsreform verstärkte sich ein Jahr später, als

<sup>148</sup> Ebenda. Hervorhebung des Autors. Es erscheint abwegig anzunehmen, daß sich Sokolovskij damit doppeldeutig auch an die Moskauer Zentrale wandte.

<sup>149</sup> Vgl. dazu Norman M. Naimark, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge (Mass.)/London 1995, S. 24 f.: „Stalinism was hardly a perfectly functioning system of dictatorial hierarchy controlling all aspects of state and society. (...) Therefore a great deal of latitude was given to Stalin’s administrators, especially those located far from Moscow, who were in the unenviable position of trying to anticipate the Kremlin’s wishes. There was little incentive to take any initiative, and there were no clear lines of responsibility.“

<sup>150</sup> Vgl. Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 74 vom 9. 3. 1946, abgedruckt in: Kohlmei/De-wey, *Bankensystem*, S. 187 f.

<sup>151</sup> Vgl. Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 37 vom 19. 2. 1947, abgedruckt in: Ebenda, S. 128 f.

sich die Moskauer Führung nicht dazu entschließen konnte, die vage formulierten Kompromißvorschläge der SMAD in die Verhandlungen mit den Westmächten einzubringen. Dennoch scheuten sich die Verantwortlichen in Moskau und Ostberlin, ihre Entscheidung gegen eine gesamtdeutsche Währungsreform zu formalisieren und öffentlich kundzutun. Sie fürchteten genau das, was sie den Westmächten vorwarfen: Die Verantwortung für die „Spaltung“ Deutschlands. Für sie hatte – „im Einklang mit der herrschenden deutschen Schicht in der Ostzone“ – die unbedingte Aufrechterhaltung „der schon angelaufene(n) Wirtschafts- und Währungsordnung in Ostdeutschland“ den Vorrang, soweit ist Hans Möller zuzustimmen: sie wagten jedoch nicht den riskanten Versuch, diese Ordnung mittels einer gesamtdeutschen Währungsreforminitiative auf die Westzonen auszudehnen<sup>152</sup>.

Nach Durchsicht der sowjetischen Quellen kann die von Christoph Buchheim 1988 geäußerte Vermutung, „daß die Sowjetunion, wenn sie schon eine Währungsreform nicht ganz verhindern konnte, eine vierzonale Reform separaten Reformen in West und Ost vorzog“<sup>153</sup>, nicht bestätigt werden. Das sowjetische Taktieren zielte nicht auf eine gemeinsame Währungsreform, sondern auf deren Verhinderung bzw. Verzögerung. Die bereits vor dem Januar 1948 verfügbaren Informationen über den Druck von Banknoten für die Westzonen veranlaßten die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat keineswegs zur Kompromißbereitschaft. Die Initiative Clays am 20. Januar im Kontrollrat wurde offensichtlich in Moskau nicht als Auftakt einer westzonalen Währungsreform interpretiert, sondern als Versuch eines letzten Anlaufs für eine gesamtdeutsche Reform ernst genommen. Der nicht erwartete erfolgreiche Verlauf der anschließenden Besprechungen im Finanzdirektorat dürfte wesentlich zum überraschenden Auszug Sokolovskijs aus dem Kontrollrat am 20. März beigetragen haben, der der öffentlichen Ablehnung einer gemeinsamen gesamtdeutschen Währungsreform gleichkam. Bewußt oder unbewußt wurde damit den Westalliierten und Westdeutschen die Möglichkeit zur Durchführung der Währungsreform in den Westzonen geboten. Die Ironie der Geschichte bestand darin, daß die UdSSR damit zum Erfolg der westdeutschen Währungsreform beitrug. Eine größere Kompromiß- (d. h. Risiko-)bereitschaft Moskaus hätte ihn zumindestens zeitweilig erschweren können<sup>154</sup>.

<sup>152</sup> Vgl. Möller, Die westdeutsche Währungsreform, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland, S. 439: „Die Planung der Bewirtschaftung und Rationierung wurde in der Ostzone zentralisiert und in Anpassung an das sowjetische Planungs- und Lenkungssystem unter Einbeziehung des neuen Bankenapparates weiterentwickelt. [...] Bei dieser Lage der Dinge waren die Sowjets, im Einklang mit der herrschenden deutschen Schicht in der Ostzone, mit allen Mitteln bestrebt, die schon angelaufene Wirtschafts- und Währungsordnung in Ostdeutschland unbedingt aufrechtzuerhalten und den Überbau einer vierzonalen Geldordnung so zu gestalten, daß sie auf die Wirtschaft der Westzonen in ihrem Sinne Einfluß nehmen konnten, was die Westmächte naturgemäß verhindern wollten. Für diese ergab sich die Versuchung, eine vierzonale Währungsreform als Hebel zu einer Änderung der Wirtschaftsordnung in der Ostzone anzusetzen, worin sie von großen Teilen der deutschen Bevölkerung in West und Ost offen oder geheim unterstützt wurden.“

<sup>153</sup> Buchheim, Währungsreform, S. 209.

<sup>154</sup> Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommt Lloyd C. Gardner, *Spheres of Influence. The Great Powers Partition of Europe, from Munich to Yalta*, Chicago 1993, S. 263 f.